

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 03. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 08.12.2014
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst Niederneisen *(bis 19:27 Uhr nach TOP 3)*
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

C. Mitglieder des Kreistages:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen
Frau Monika Becker Winden
Herr Matthias Boller Lahnstein
Herr Klaus Brand Ehr
Herr Karl Peter Bruch Nastätten *(bis 19:15 Uhr nach TOP 2.c)*
Herr Jörg Denninghoff Allendorf
Herr Christoph Ferdinand Lahnstein
Herr Manfred Friesenhahn Weisel
Herr Raimund Friesenhahn Dahlheim *(ab TOP 2.a - 19:15 Uhr nach TOP 2.c)*
Frau Erika Fritsche Winden
Herr Harald Gemmer Eisighofen *(bis 19:00 Uhr bei TOP 2.a)*
Herr Carsten Göller Eschbach
Herr Günter Groß Lahnstein
Herr Werner Groß Lahnstein
Herr Jens Güllering Kestert
Herr Bernd Hartmann Gemmerich
Herr Heinz Keul Fachbach
Herr Horst Klöppel Katzenelnbogen
Herr Hans-Josef Kring Lykershausen
Herr Peter Labonte Lahnstein
Herr Matthias Lammert Diez
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein
Herr Johannes Lauer Lahnstein
Herr Franz Lehmler Nievern
Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen

Herr Dennis Maxeiner	Dahlheim
Herr Dietmar Meffert	Diez
Herr Josef Oster	Bad Ems
Herr Ernst-Georg Peiter	Miehlen <i>(bis 19:25 nach TOP 7)</i>
Herr Udo Rau	Nassau
Herr Oliver Sacher	Gemmerich
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Thomas Scholl	Oelsberg
Frau Evelin Stotz	Schiesheim
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Herr Josef Winkler	Bad Ems
Herr Emil Werner	Nastätten
Frau Rita Wolf	Braubach

D. Es fehlt:

Herr Jürgen Linkenbach	Dausenau
------------------------	----------

E. Von der Verwaltung:

Frau Büroleiterin Ute Hahn
Herr stellvertretender Büroleiter Friedhelm Rücker
Frau stellv. Geschäftsbereichsleiterin Andrea Kleinmann
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel
Herr stellv. Abteilungsleiter Joachim Klein
Herr Abteilungsleiter Bernd Dietrich
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche
Frau Severin Holl
Herr Abteilungsleiter Reinhard Labonte
Herr stellv. Abteilungsleiter Manfred Crecelius
Herr Werkleiter Thomas Fischbach
Herr Werkleiter Günter Müller
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri
Frau Bettina Riehl-Rosenthal, Finanzcontrolling
Herr Uwe Gilberg-Rindsfüßer, Pressereferent
Frau Verena Köhler, Vorsitzende des Personalrates
Herr Manuel Minor

F. Schriftführerin:

Frau Anna Weispfennig

G. Gäste:

Herr Werner Haupt, ehem. Erster Werkleiter des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Rhein-Lahn-Kreises

Frau Filiz Achhammer, Vorsitzende des Beirats für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises in der 4. Wahlperiode

Herr Oskar Floeck, Mitglied des Finanzausschusses

Herr Egenolf, Rhein-Lahn-Zeitung

Auszubildende der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises

Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Lahn-Kreises

Der **Vorsitzende** eröffnet die öffentliche Sitzung des Kreistags um 17.00 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Gegen die mit Schreiben vom 26.11.2014 vorgelegte Tagesordnung der Kreistagssitzung werden *keine* Einwendungen erhoben bzw. Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

ÖFFENTLICHE SITZUNG:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;
 - a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises mit strategischen Zielen für das Haushaltsjahr 2015 (inkl. Anlagen)
 - b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2015)
 - c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft
3. Eigenbetrieb Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft;
Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung
4. Bestellung eines sachverständigen Abschlussprüfers für den Eigenbetrieb „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“
5. Nachwahl zur Neubildung des Schulträgerausschusses für die Schulen in Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises
6. Änderung der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über die Erhebung von Gebühren nach lebensmittel-, fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften
7. Wahl von Vertretern/innen in den Regionalbeirat Rhein-Lahn der Süwag
8. Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Montabaur;
Ersatzberufung eines ordentlichen Mitglieds
9. Beirat für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises;
Wahl der zu berufenden Mitglieder

10. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder

- a) Anträge der CDU-Kreistagsfraktion zur Förderung von Ferienfreizeiten vom 06.11.2014
- b) Antrag des Kreistagsmitglieds Herrn Ulrich Lenz (Die Linke) „Zahlung des gesetzlich gültigen Mindestlohnes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“

11. Einwohnerfragestunde

12. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der **Vorsitzende** auf die Tradition aufmerksam, den im Laufe des Jahres verstorbenen ehemaligen Mitgliedern des Kreistags und Kreisdeputierten/-beigeordneten zu gedenken. So würdigt er die kommunalpolitischen und gesellschaftlichen Leistungen der beiden verstorbenen ehemaligen Kreistagsmitglieder Werner Stötzer und Bernhard Didinger.

- ❖ Werner Stötzer, Miehlen, CDU, verstarb im Juli 2014. Herr Stötzer war von 1989 - 1994 Mitglied des Kreistags und im Zeitraum von 1989 - 1994 als ordentliches Mitglied und von 1994 - 1999 als stellvertretendes Mitglied im Bauausschuss tätig.
- ❖ Bernhard Didinger, Osterspai, FDP, verstarb im Februar 2014. Herr Didinger war von 2009 - 2014 Mitglied des Kreistags und von 2004 - 2009 als stellvertretendes Mitglied und von 2009 - 2014 als ordentliches Mitglied im Bau- und Umweltausschuss tätig. Darüber hinaus war er von 2011 - 2014 im Gutachterausschuss beim Katasteramt St. Goarshausen tätig.

Für ihr ehrenamtliches Engagement gebühre den Verstorbenen in dankbarer Erinnerung Anerkennung und Respekt.

Die Anwesenden gedenken den Verstorbenen in einer Schweigeminute.

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die vorgelegte Niederschrift der 02. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode vom 13.10.2014 werden *keine* Einwendungen erhoben bzw. Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;

- a) **Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises mit strategischen Zielen für das Haushaltsjahr 2015 (inkl. Anlagen)**
- b) **Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2015)**
- c) **Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft**

Der **Vorsitzende** macht auf den vorliegenden Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 05.12.2014 aufmerksam, die allgemeine Umlage, begrenzt auf drei Jahre, um 0,3 Prozentpunkte zu erhöhen und einen einheitlichen Kreisumlagesatz in Höhe von 44,8 % zu erheben.

Es folgt die Rede des **Vorsitzenden** zum Kreishaushalt 2015 sowie zum Forstwirtschaftsplan 2015 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft und zum Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Anlage 1).

Anlässlich des Geburtstages des Kreistagsmitgliedes Herrn Raimund **Friesenhahn** überreicht der **Vorsitzende** diesem ein Weinpräsent.

Im Anschluss folgen zum Kreishaushalt 2015 bzw. zum Forstwirtschaftsplan 2015 des Forsteinrichtungswerks und zum Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft die Redebeiträge von

- **Herrn Göller** für die SPD-Kreistagsfraktion (Anlage 2),
- **Herrn Lammert** für die CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 3),
- **Herrn Ferdinand** für die CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 4),
- **Herrn Hartmann** für die FWG-Kreistagsfraktion (Anlage 5),
- **Herrn Birk Utermark** für die FWG-Kreistagsfraktion (Anlage 6).

Der **Vorsitzende** übergibt im Anschluss Herrn **Winkler** das Wort.

Herr **Winkler** nimmt Bezug auf die Haushaltsrede des **Vorsitzenden** und die Aspekte der Konsolidierung, der Reformation und der Investition. Diesen Punkten könne er sich anschließen.

Die Einnahmen im Haushaltsplan würden nicht ausreichen, um die Aufwendungen zu decken. Allerdings sei hinsichtlich der Entwicklung der Fehlbeträge die richtige Richtung eingeschlagen worden.

Er nimmt Bezug auf die geplante Verringerung der Liquiditätskredite auf Seiten der Kommunen und befürwortet eine Unterstützung durch das Land.

Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs und eine damit verbundene erhebliche Aufstockung der Finanzausgleichsmasse bis 2016 werde positiv bewertet.

Ebenfalls sei zu begrüßen, dass eine Vereinbarung der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden zum Thema schulische Inklusion auf den Weg gebracht worden sei.

Auch die große Koalition auf Bundesebene habe in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass gesunde Finanzen die Grundlage dafür seien, die grundgesetzlich festgehaltene kommunale Selbstverwaltung zu garantieren. Ein Anfang sei hier die Vorab-Milliarde, die zur Entlastung der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe gedacht sei.

Das Bundesteilhabegesetz solle im nächsten Jahr im Bundeskabinett beschlossen werden und 2016 in den Bundestag und Bundesrat gehen. Im Rahmen der Verabschiedung sei eine Entlastung in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich in der Eingliederungshilfe vorgesehen. Aus seiner Sicht stünden die bereitgestellten Gelder ganz klar in einem Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe. Dies habe das Bundeskabinett bereits im August beschlossen und der Bundestag habe sich dem angeschlossen. Zunächst werde das Finanzausgleichsgesetz geändert, dann solle sich das 2016 in Kraft tretende Bundesteilhabegesetz auswirken mit einem Betrag von 5 Milliarden Euro jährlich. Im Kabinettsbeschluss sei festgehalten, dass diese Gelder im Rahmen der Eingliederungshilfe gelten. Die Vorab-Milliarde solle ebenfalls diesem Zweck dienen.

Die gewählte Lösung führe zu der Situation, dass der Kreis eine Regelung treffen müsse, um die für diesen Zweck gedachten Beträge zu erhalten. Die Variante einer gesplitteten Umlage habe aus seiner Sicht überzeugt. Der Vorschlag der FWG - Kreistagsfraktion sei ein gangbarer Kompromiss.

Ein weiterer Schritt zur kommunalen Entlastung sei die Kostenübernahme im Bereich der Grundsicherung und der Erwerbsminderung im Alter. Dies sei aus seiner Sicht erfreulich.

Bund und Land würden sich auf die Kommunen zu bewegen, was zu begrüßen sei. Dies reiche allerdings dauerhaft noch nicht aus.

Er nimmt Bezug auf die Investitionen des Kreises im Bereich Schulen und Kindertagesstätten. Dies seien notwendige Investitionen.

Auch der Nahverkehr sei weiterhin ein wichtiger Punkt. In vielen Orten des Kreises sei eine Verbesserung des Angebots wünschenswert und notwendig. Die Aktualisierung des Nahverkehrsplans werde hierzu hoffentlich einen Beitrag leisten. Ebenfalls begrüße die Fraktion den Breitbandausbau im Rhein-Lahn-Kreis.

Zusammenfassend werde die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen dem Haushaltsplan zustimmen. Dies gelte auch für die Wirtschaftspläne. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass er im Bereich der Abfallentsorgung eher eine Konsolidierung der Beiträge als eine Senkung sehe.

Abschließend bedankt er sich bei den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Ausführungen und übergibt Herrn **Basibüyük** das Wort.

Herr **Basibüyük** bedankt sich zunächst bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Er nimmt Bezug auf die Haushaltslage, diese sei noch immer prekär.

Den nachfolgenden Generationen solle nicht nur eine funktionierende Infrastruktur hinterlassen werden, sondern auch geringe finanzielle Lasten und Risiken.

Er betont, insbesondere der Breitbandausbau sei von erheblicher Bedeutung.

Er führt an, dass beispielsweise bei dem Nürburgring oder dem Flughafen Zweibrücken Gelder geflossen seien, die auch den Kommunen hätten zu Gute kommen können.

Ebenso kritisiert er, dass erhebliche Summen in die EU Rettung fließen würden. Es solle signalisiert werden, dass die Kommunen dringend Gelder und Unterstützung benötigen würden.

Hinsichtlich der Vorab-Milliarde führt er aus, dass die AfD-Kreistagsfraktion die Meinung vertrete, dass das Geld dort ankommen müsse, wo die finanzielle Last liege. Er betont, dass es nicht nur um den Kreis, sondern um die Heimat gehe. Daher sollten alle Kräfte gebündelt werden um sich für die Heimat einzusetzen. Der Kreis sei kein Bittsteller, sondern dort, wo die Arbeit geleistet würde, sollten auch die Gelder entsprechend verzeichnet werden können.

Abschließend betont er, dass die AfD-Kreistagsfraktion dem Antrag der FWG-Kreistagsfraktion sowie dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen zustimmen werde.

Im Anschluss folgen zum Kreishaushalt 2015 bzw. zum Forstwirtschaftsplan 2015 des Forsteinrichtungswerks und zum Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft die Redebeiträge von

- **Frau Becker**, FDP, (Anlage 7) und
- **Herrn Lenz**, Die Linke, (Anlage 8).

Der **Vorsitzende** fragt an, ob es hinsichtlich des Kreishaushalts 2015 weitere Wortmeldungen gebe.

Herr **Lammert** führt an, dass bei der sogenannten „Vorab-Milliarde“ zur Entlastung der Gemeinden und Städte bewusst eine Aufteilung vorgenommen worden sei. Sofern der Bundesgesetzgeber die Absicht gehabt habe, nur die Träger der Eingliederungshilfe zu entlasten, so sei dies auch ausschließlich über die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft möglich gewesen. Die in den Jahren 2015 bis 2017 vom Bund bereitgestellte Milliarde fließe unabhängig von der Eingliederungshilfe. Die Mittel würden auch den Gemeinden und Städten zur Verfügung gestellt, die ebenfalls Lasten zu tragen hätten.

Herr R. **Friesenhahn** nimmt in diesem Zusammenhang Bezug auf den 2013 zwischen CDU und SPD geschlossenen Koalitionsvertrag.

Herr **Labonte** betont, dass die Gelder in den Jahren 2015-2017 unabhängig von der Eingliederungshilfe seien. Es bestehe hier kein zwingender Zusammenhang.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, zunächst über Tagesordnungspunkt 2.a) „Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises mit strategischen Zielen für das Haushaltsjahr 2015 (inkl. Anlagen)“ abzustimmen und nimmt hierzu Bezug auf den vorliegenden Antrag der FWG-Kreistagsfraktion, die Kreisumlage um 0,3 % zu erhöhen und einen einheitlichen Umlagehebesatz in Höhe von 44,8 % festzusetzen. Er schlägt vor, zunächst über eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes und sodann unter Berücksichtigung der beschlossenen Festsetzung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 inkl. Anlagen einschließlich der im Rahmen der Erstellung des Kreisentwicklungskonzeptes modifizierten Strategischen Ziele abzustimmen.

1. Der Kreistag beschließt mit 26 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung, die Kreisumlage 2015 mit einem einheitlichen Umlagesatz von 44,8 % zu erheben.
2. Der Kreistag beschließt auf der Grundlage des von Kreis- und Finanzausschuss vorberatenen Haushaltsplanentwurfs und unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes 2015 auf 44,8 % mit 27 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 inkl. Anlagen einschließlich der im Rahmen der Erstellung des Kreisentwicklungskonzeptes modifizierten Strategischen Ziele.

Im Anschluss stellt der **Vorsitzende** die Tagesordnungspunkte 2.b) „Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2015)“ zur Abstimmung:

Der Kreistag stimmt dem Forstwirtschaftsplan des Forsteinrichtungswerkes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ für das Betriebsjahr 2015 einstimmig zu.

Sodann wird über Tagesordnungspunkt 2.c) „Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ abgestimmt:

Der Kreistag stimmt dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ für das Wirtschaftsjahr 2015 einstimmig zu.

Punkt 3:

Eigenbetrieb Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft;

Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Betriebssatzung

Der Kreistag stimmt der Neufassung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ in der zur Sitzungsvorlage vom 19.11.2014 beigefügten Fassung einstimmig zu.

Punkt 4:**Bestellung eines sachverständigen Abschlussprüfers für den Eigenbetrieb „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“**

Der Kreistag beschließt einstimmig, für die Prüfung der Jahresergebnisse des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft der Jahre 2015-2018 die Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft Dornbach GmbH, Koblenz, als sachverständigen Abschlussprüfer gemäß § 57 Landkreisordnung in Verbindung mit § 89 Gemeindeordnung und § 2 der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen zu bestellen.

Punkt 5 :**Nachwahl zur Neubildung des Schulträgerausschusses für die Schulen in Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises**

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage. Er weist weiterhin auf die für die Durchführung der Ausschusswahlen maßgebenden Vorschriften der Landkreisordnung (LKO) hin. Insbesondere erfolge die Wahl der Ausschüsse nach § 33 Abs. 5 LKO grundsätzlich durch Stimmzettel in geheimer Abstimmung, sofern der Kreistag nicht etwas anderes beschließt. Im Sinne einer effizienten Gremienarbeit schlägt er daher vor, die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen der Ausschüsse im Wege der offenen Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Der Kreistag wählt entsprechend den Wahlvorschlägen im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig folgende Personen als Nachrücker zu Mitgliedern des Schulträgerausschusses:

lfd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Funktion	Wahlvorschlag von
1	Schlosser, Timo	Niederneisen	Ordentliches Mitglied; Lehrervertreter	Sophie-Hedwig-Gymnasium Diez
2	Schmidt, Sina	Schönborn	Stellvertretendes Mitglied; Vertreterin von Frau Melanie Schönbach	SPD

Punkt 6 :**Änderung der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über die Erhebung von Gebühren nach lebensmittel-, fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften**

Der Kreistag beschließt einstimmig die der Sitzungsvorlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über die Erhebung von Gebühren nach lebensmittel-, fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften vom 24.10.2011.

** Herr Lammert und Herr Labonte haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.*

Punkt 7 :**Wahl von Vertretern/innen in den Regionalbeirat Rhein-Lahn der Süwag**

Der **Vorsitzende** erläutert die Sitzungsvorlage.

Der Kreistag wählt entsprechend den Wahlvorschlägen im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig folgende Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises zur Benennung durch die Süwag Energie AG für den Regionalbeirat Rhein-Lahn der Süwag:

lfd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Wahlvorschlag von
1	Göller, Carsten	Eschbach	SPD
2	Klöppel, Horst	Katzenelnbogen	CDU

** Herr Lammert und Herr Labonte haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.*

Punkt 8:**Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Montabaur;
Ersatzberufung eines ordentlichen Mitglieds**

Der Kreistag beschließt entsprechend dem Wahlvorschlag im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig Herrn Landrat Frank Puchtler, Oberneisen, als ordentliches Mitglied für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Montabaur vorzuschlagen.

** Herr Lammert und Herr Labonte haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.*

Punkt 9 :**Beirat für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises;
Wahl der in den Beirat zu berufenden Mitglieder**

Der Kreistag wählt entsprechend den Wahlvorschlägen im Wege der offenen Abstimmung gemäß § 33 Abs. 5 Landkreisordnung einstimmig die folgenden Personen zu den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern des Beirats für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises:

lfd. Nr.	Mitglied	Wohnort	Stellvertreter, Wohnort	Wahlvorschlag von
1	Boller, Matthias	Lahnstein	Geisel, Benjamin; Himmighofen	SPD
2	Wahlers, Irmtraud (Bündnis 90/ Die Grünen)	Fachbach	Lenz, Ulrich; Katzenelnbogen; (Die Linke)	

1	Groß, Günter	Lahnstein	Basibüyük, Aslan; Dachsenhausen; (AfD)	CDU
---	--------------	-----------	--	-----

* Herr Lammert und Herr Labonte haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Punkt 10:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder

Anmerkung der Verwaltung zur Niederschrift: Der Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 05.12.2014 wurde bereits bei Tagesordnungspunkt 2.a) behandelt.

a) Anträge der CDU-Kreistagsfraktion zur Förderung von Ferienfreizeiten vom 06.11.2014

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die allen Kreistagsmitgliedern vorliegenden Anträge. Er führt aus, dass nach Mitteilung des Finanzamts Montabaur-Diez eine Förderung von Ferienfreizeiten als für die Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Rhein-Lahn steuerschädlich zu qualifizieren sei, da mit ihr eine ausschließliche und unmittelbare Förderung von Unternehmen nicht einhergehe. Eine finanzielle Förderung von Ferienfreizeiten der freien Träger der Jugendhilfe durch die Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Rhein-Lahn könne daher nicht erfolgen.

Nach Rückfrage von Herrn **Winkler** führt der **Vorsitzende** aus, dass eine Koordination geprüft werde.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

b) Antrag des Kreistagsmitglieds Herrn Ulrich Lenz (Die Linke) „Zahlung des gesetzlich gültigen Mindestlohnes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herrn **Lenz**, welcher seinen Antrag erläutert.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass der Kreis gehalten sei, sich an die gesetzlichen Vorgaben zu halten.

Herr **Lenz** führt an, dass der gesetzlichen Grundlage symbolisch zugestimmt werden solle. Sofern der Kreis entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn zahle, ziehe er seinen Antrag auf Abstimmung zurück.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Punkt 11:

Einwohnerfragestunde

Es liegen *keine* Einwohnerfragen vor.

Punkt 12:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Der **Vorsitzende** informiert die anwesenden Kreistagsmitglieder darüber, dass der Antrag des Kreistagsmitglieds Herrn Ulrich **Lenz** (Die Linke) vom 05.10.2014 zum Thema „Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)“ an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie an das Europäische Parlament weitergeleitet worden sei.

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf eine mündliche Anfrage von Herrn **Lenz** zum Schloss Katzenelnbogen. Er führt aus, dass hier eine Ortsbesichtigung im Rahmen einer Dienstreise in dem Bereich des Denkmalschutzes stattgefunden habe.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 03. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode um 19.25 Uhr.

Der Vorsitzende:

(Frank Puchtler)
Landrat

Die Schriftführerin:

(Anna Weispfennig)

Anlagen: 8

Haushaltsrede von Herrn Landrat Frank Puchtler
zum Kreishaushalt 2015 am 08.12.2014

-es gilt das gesprochene Wort!-

Verehrte Mitglieder des Kreistages,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

eigentlich ist für Haushaltsberatungen die Adventszeit die ideale Zeit.

Adventszeit, Zeit der Besinnung, Zeit des Respektes, Zeit der Toleranz und Zeit des Zusammenhaltes. Zusammenhalt, Zusammenarbeit, da darf ich mich an erster Stelle und hier bitte ich ausdrücklich die Mitglieder des Kreistages und die Zuhörerinnen und Zuhörer um Verständnis, ganz herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises.

Wenn man seit 01. Juli 2014 hier seine Arbeit tun darf, geht das nur mit Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses und der Außenstellen. Dafür ganz herzlichen Dank. Stellvertretend dafür, an der Spitze zum heutigen Termin, ein Dank an unseren Kämmerer Herrn Menche und sein Team.

Ich kann nur sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeit macht Spaß, es ist eine tolle Aufgabe und ich darf mich recht herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung und allen, die mit uns zusammenarbeiten, ganz herzlich bedanken, auch insbesondere bei den Mitgliedern des Personalrates. Herzlichen Dank!

Sicher ist es eine Herausforderung, es ist harte Arbeit. Die Spielräume, das kann ich Ihnen bestätigen nach knapp 5 Monaten, sind sehr eng. Aber das muss man sportlich angehen und im Sport ist alles auch immer eine Herausforderung.

Eine Herausforderung ist auch unser Haushalt, hier darf ich kurz einmal die Überschrift, lieber Herr Egenolf, zitieren, herzlich Willkommen auch hier bei uns im Kreishaus, „Der Kreis muss jeden Euro zweimal umdrehen“. Da hat Herr Egenolf Recht in seiner Überschrift, denn das bedeutet in Zahlen eine Million Defizit. Das ist Geld. Aber, und da auch ein Kompliment an den Kämmerer der den Haushalt aufgestellt hat und die Abteilungsleiter/innen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die versuchen das umzusetzen was auch im Artikel stand: Realismus und höchste Sparsamkeit. Das kann ich auch ein Stückchen belegen indem ich, das soll uns jetzt nicht zu weit trösten, aber nur kurz ein paar Zahlen nenne, wie es in anderen Haushalten mit den Defiziten aussieht. Ohne Nennung der Namen aber als Beispiele seien Fehlbedarfe genannt von 4,3 Millionen, von 8,3 Millionen, von 7,3 Millionen, von 14 Millionen, von 11 Millionen. So ist auch die Perspektive in anderen Teilen des Landes Rheinland-Pfalz. Eine Millionen Fehlbedarf ist immer noch eine Million zu viel - ich wollte das nur einmal in Relation setzen. Genauso in Relation zu setzen sind 111 Millionen Gesamtverbindlichkeiten am Ende des Jahres, davon 65 Millionen Liquiditätskredite. In einfachen Worten als Privatmann würde man sagen:

Kontoüberziehung von 65 Millionen. Auch dazu ein Vergleich: Es gibt Kreise in Deutschland mit ähnlicher Struktur, ländlich geprägt, die haben auch eine dreistellige Zahl, nämlich über 600 Millionen Euro Verbindlichkeiten. Dies zum Vergleich und zur Relativierung unserer Herausforderung.

Das ist die Ausgangslage. Wir haben oft an dieser Stelle bei vergangenen Haushaltsreden über die Frage des Systems diskutiert - wir haben es nachher sicher noch bei der Umlage mit dabei. Das mag alles richtig sein, auch die verschiedenen Ebenen, die gemeinsam mit verantwortlich sind. Das kann man thematisieren, das ist sicher richtig und wichtig, dass man dies anspricht. Aber ich versuche mich, gemeinsam mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen unseres Hauses, auf das zu konzentrieren, was wir als Ausgangslage vorfinden und auf das zu konzentrieren, was wir im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten können. Und da haben wir 3 Schritte im Blickfeld: Der 1. Schritt ist die Konsolidierung, der 2. Schritt Investieren und der 3. Schritt dort wo wir können, intern und auch nach außen zu Reformieren. Konsolidieren bedeutet, dass wir mit dem vorliegenden Haushalt, wie auch im letzten Jahr, Liquiditätskredite, sprich die Kontoüberziehung zurück führen. Dies ist ein wesentliches Merkmal, es ist hoffentlich der Anfang von weiteren Schritten die folgen können. Aber man muss auch die Defizitentwicklung des Jahresfehlbedarfes sehen, von 1 Million im Jahr 2015 über 1,8 Millionen 2016 bis über 3 Millionen im folgenden 3. Jahr. Das bedeutet für uns auch das Gebot zu konsolidieren im Bereich der Einnahmen. Und so heißt es dann auch bei dem aktuellen Stichwort „Eingliederungshilfe“ Entlastung durch den Bund, die wir alle begrüßen. Das ist eine gute Sache, dass wir entlastet werden und das haben wir an dieser und anderer Stelle auch oft genug gefordert. Jetzt ist der Weg über die Umsatzsteuer letztendlich gewählt worden, die Zahlen fließen dann als Einnahme zu den Ortsgemeinden. Für uns bedeutet das als Kreis gemäß Gemeindeordnung, dass ein entsprechender Ausgleich über die Kreisumlage vorzunehmen ist.

Das ist unsere Aufgabenstellung und die ist wahrlich nicht einfach, weil wir genau wissen wie sich die Haushalte in den Ortsgemeinden darstellen und man sich auch dort darüber freut, wenn die Einnahmen sich ein Stückchen erhöhen. Trotzdem bleibt es unsere Aufgabe gerade des Kreises und der Kreisverwaltung, Ihnen als Mitglieder des Kreistages einen Vorschlag zu machen, wie wir das Haushaltsgebot, unsere Einnahmen auszuschöpfen, auch realisieren können.

Dazu gibt es zwei Wege. Den einen Weg, das ist der schwierigste, ist der Weg der sogenannten gesplitteten Umlage, den wir bewusst vorgeschlagen haben um Lösungen zu finden, die, soweit möglich, am gerechtesten sind. Eine Gesamtgerechtigkeit wird man allerdings nie erreichen. Aber wir haben versucht, dass das was ankommt auch wieder dem Kreishaushalt überzuführen und dass wir, soweit möglich, dies 1:1 abbilden. Deswegen unser Vorschlag. Das war für Herrn Menche und seine Kolleginnen und Kollegen eine Menge Arbeit dies umzusetzen und auszurechnen und ich weiß, dass es auch gegenüber Ihnen, die Sie nicht nur Mitglieder des Kreistages, sondern oft auch Mitglieder in Verbandsgemeinde- und Gemeinderäten sind, die Ortsbürgermeister sind, die Vorsitzende des Gemeinde-

und Städtebundes sind, nicht einfach ist, dies zu erläutern. Wir hatten hier die Dienstversammlung der Ortsbürgermeister und dass dies nicht auf Begeisterung stößt ist uns im Bereich des Kreises klar, aber es bleiben halt zwei Wege.

Der 2. Weg, und hierzu liegt uns auch ein Antrag der Freien Wählergemeinschaft, lieber Bernd Hartmann, vor, sieht vor, dass wir nicht einen Splittingweg gehen, sondern die allgemeine Umlage um 0,3 Punkte erhöhen. Das bedeutet dann natürlich, dass dann alle Umlagegrundlagen erfasst wären und alle Kommunen. Das wären dann die zwei Wege und wir werden später bei der Beratung und Beschlussfassung die Gelegenheit haben, über die entsprechende Umlage abzustimmen. Ich werde Ihnen dann den Vorschlag machen, dass wir erst über die Umlage abstimmen und im zweiten Schritt dann über den Haushalt. Denn hier kommt es mir ganz entschieden darauf an, wichtige Schwerpunktthemen auch konzentriert als Einzelpart zu behandeln.

Zum Stichwort Eingliederungshilfe möchte ich aber noch zwei Aspekte erwähnen. Zum Einen habe ich folgendes in einem Informationsschreiben gelesen und das sollte uns auch nachdenklich machen: *„Sofern es nämlich nicht gelingt unter Beachtung der fachlichen Reformerfordernisse die Kostenentwicklung entscheidend zu dämpfen, würden alleine die zu erwartenden Ausgabensteigerungen in diesem Bereich der nächsten 5 Jahre ausreichen, um die kommunale Entlastung aufzuzehren.“* Das heißt, das Thema wird uns weiter beschäftigen, das Thema der Entlastung ist weiter geboten und das Thema, dass wir weiter versuchen ordnungsgemäß zu verteilen, bleibt auch auf der Tagesordnung, unabhängig auch vom heutigen Beschluss.

Und die zweite Sache, Stichwort Eingliederungshilfe, diskutieren wir heute oft unter dem Stichwort Kosten. Das kommt dann immer so an, als ob es eine reine Belastung wäre. Für uns, den Rhein-Lahn-Kreis, bedeutet das über 1000 Arbeitsplätze. Wir haben Institutionen, die im Wesentlichen mit diesem Thema zu tun haben, das heißt, das Geld was dort eingesetzt wird, fließt auch direkt in Arbeitsplätze, damit auch in Wirtschaftskraft, in Kaufkraft. Und es kommt auch ein Stückchen wieder beim Kreis, bei der Bevölkerung zurück. Das möchte ich der guten Ordnung halber auch noch erwähnt haben. Das gehört zur zweiten Seite der Medaille auch dazu.

Neben dieser Herausforderung die Finanzen zu gestalten, die Umlagen entsprechend der Gemeindeordnung zu nehmen, wollen wir auf der anderen Seite mit dem Kreishaushalt, und das ist immer eine Gradwanderung, auch investieren. Denn wir haben einen Gestaltungsauftrag, nicht nur zu sparen, nach hinten zu schauen, sondern auch wesentliche Schwerpunkte für die Zukunft zu setzen.

Im Vorbericht haben wir sie kurz erläutert. Da ist ganz klar der Schwerpunkt Bildung. Wir haben einmal alle Zahlen zusammengefasst, das ist der Investitionsanteil aber auch der Anteil der in laufende Energie und Sachausgaben fließt, um einmal den Gesamtbetrag aufzuzeigen der in diesen Bereich geht. Das sind auf das Jahr gerechnet 6,3 Millionen Euro. Aber das ist gut angelegtes Geld, denn ich glaube, gute Bildung ist das Wichtigste was wir den Menschen im Kreis mit auf den Weg geben können und sie ist auch Voraussetzung für die weitere Entwicklung im Kreis.

Beim Schwerpunkt Kindertagesstätten sind es zusammengefasst über 32,3 Millionen Euro die im nächsten Jahr vorgesehen sind im Bereich der Ausgaben. Es ist sicher unstrittig, dass vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, dies mit die größte Herausforderung ist, dass dies eine ganz entscheidende Zukunftsbaustelle für uns ist.

Der dritte Schwerpunkt ist die Mobilität, die Frage wie halte ich den ländlichen Raum attraktiv, ÖPNV, Kreisstraßenbau. Alle diese Dinge über die wir auch im laufenden Jahr diskutieren, in diesen Bereich fließen 10,9 Millionen Euro. Infrastruktur, Breitband, der Verkehrsweg der Zukunft, die Datenautobahn versuchen wir flächendeckend zu erreichen. Da ist der Kreisanteil bei 500.000 – 1 Million, da ist der Anteil der kommunalen Seite, den ich sehr, sehr schätze und für den ich sehr dankbar bin, der absolute Löwenanteil, dieser dürfte sich kalkuliert auf bis zu 9 Millionen bewegen und 3 Millionen gibt das Land entsprechend hinzu. Dafür ganz herzlichen Dank, denn auch dies ist ein Bereich der Teilhabe. Nur mit Breitband, mit modernster Technik ist der Privatmann, aber auch der Unternehmer oft in der Lage am gesellschaftlichen und damit am wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Und ich glaube, wenn es uns gelingt und ich bin Herrn Herm sehr dankbar, der die Kernarbeit macht und sich hier sehr viel Zeit nimmt, in diesem entscheidenden Punkt insgesamt zum Ziel zu kommen wäre dies für mich auch ein Beispiel wie man es in der Art und Weise in einem Lenkungsausschuss angehen kann, wie wir es insgesamt angehen können, als Beispiel für weitere Projekte im Rahmen des Rhein-Lahn-Kreisentwicklungskonzeptes.

Wir haben das Rhein-Lahn-Kreisentwicklungskonzept in diesem Jahr im Frühjahr verabschiedet und uns vorgenommen weitere konkrete Schritte zu gehen. Da ist das Thema Breitband das erste Projekt, was jetzt läuft. Dazu zählt aber auch Verbesserung der Mobilität, das Stichwort Medizinische Versorgung, wo wir noch Lösungsmöglichkeiten suchen. Und wir erwarten in Kürze auch eine entsprechende Bewilligung aus Mainz, wir haben dazu einen Förderantrag gestellt und auch um Unterstützung gebeten. Mein Vorschlag ist, dass wir uns im nächsten Jahr auf der Basis eines vorliegenden Zuschussbescheides zusammensetzen, gemeinschaftlich im Ältestenrat mit allen politischen Gruppierungen und versuchen, in konkrete Schritte der Umsetzung des Rhein-Lahn-Kreisentwicklungskonzeptes zu gehen. Hier sind die entsprechenden Baustellen der Zukunft beschrieben und es erscheint mir wichtig diese auch gemeinschaftlich anzugehen.

Zum Bereich der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Stichwort personelle Verstärkung und - da haben wir positive Signale aus der Finanzverwaltung - ein Internetportal mit einem Partner zu erarbeiten mit dem wir den Unternehmen die Möglichkeit bieten ihre Angebote einzustellen, damit aus der Region für die Region eingekauft werden kann. Ein kleiner Schritt, aber die Digitalisierung ist eine Riesenherausforderung, nicht nur die Bevölkerungsentwicklung, auch dieses Thema, wenn man überlegt, was es für den Mittelstand, den Einzelhandel bedeuten wird.

Im Haushalt auch abgebildet und es ist mir persönlich sehr wichtig, sind die so oft genannten „Freiwilligen Leistungen“. Aber da steckt viel dahinter, ob es die Sportförderung ist, die Kulturförderung, Kreismusikschule oder die Kreisvolkshochschule. Wir hatten vor kurzem die Gelegenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns aus dem Raum Diez dort mit einzubringen und haben das Angebot Diez als Außenstelle weitergeführt. Da ist der Bereich Weiterbildung, das sind wichtige Baustellen und ich darf sie ausdrücklich darum bitten, dass wir auch diese Aufgaben weiter im Haushalt halten.

Weitere Details können Sie dem umfangreichen Zahlenwerk, dem Haushaltsplan und dem Vorbericht entnehmen.

Ich habe aber auch noch einen dritten Punkt der mir auch sehr wichtig erscheint: Reformieren!

Wenn man neu ins Kreishaus kommt, stellt man fest, dass es eine Vielzahl der Abläufe, sei es innerhalb des Hauses, sei es extern, eine Vielzahl von Satzungen und Richtlinien gibt. Und da sind Sie mir jetzt nicht böse, wenn ich jetzt einmal diese einfache Formulierung wähle, wenn ich manchmal schon denke, es geht doch eigentlich um die Hauptsache. Geht es nicht einfacher, geht es nicht transparenter, geht es nicht zügiger und vielleicht ein Stückchen mehr zur Zufriedenheit der Mitarbeiter, weil sie mehr Spielraum haben, weil sie vielleicht mehr Eigenverantwortung nutzen können, umgekehrt aber auch zu einer Entlastung im politischen Raum, dass man sagt, das haben wir zügig verstanden, das ist pragmatisch und lässt sich schnell umsetzen. Von daher haben wir uns beim Thema Satzungen schon vorgenommen - und wir haben ja das ein oder andere Beispiel heute auf der Tagesordnung anstehen - zu schauen, kann man es einfacher machen, kann man pauschalisieren, kann man Arbeitsabläufe neu gestalten.

Wir saßen heute Vormittag zusammen an einer wesentlichen Baustelle mit einer Abteilung. Auch da kommt viel auf uns zu, denn die Welt hat sich verändert, es gibt neue gesetzliche Vorgaben und glauben Sie mir, es ist sicher auch nicht einfach, Stichwort Personalentwicklung, Stichwort Nachwuchs aber auch Personalbedarf, das alles in einem guten Lot zu halten. Von daher halte ich es für sehr wichtig, dass wir auch in diesem Bereich versuchen positiv Schritt für Schritt zu reformieren.

Ein Beispiel: Im Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, dort hatten wir den Weggang durch den Altersruhestand von Herrn Haupt. Wir haben das neu aufgestellt, kaufmännische Werkleitung, technische Werkleitung, sauber strukturiert, das ganze in Verbindung mit dem Werkausschuss. Ich glaube, so wie ich das erkennen kann, läuft das gut und wir haben damit einen Schritt in eine neue Strukturierung getan. So stelle ich mir das auch für andere Dinge vor und bitte da ausdrücklich die Mitarbeiter/innen um Verständnis, aber auch Sie in den Gremien. Es wird viel Kraft notwendig sein wenn man etwas verändern will aber wir werden uns dann auch mit Satzungen, Richtlinien und Neustrukturierungen entsprechend beschäftigen müssen.

Und wie man auch ein Stück weiter nach vorne kommen kann zum Wohle auch der Bürger und Bürgerinnen des Rhein-Lahn-Kreises, wenn es um die Kosten geht, ist das Stichwort „Interkommunale Zusammenarbeit“. Abfallwirtschaft Rheingau-Taunus-Kreis, Mittelrheintal mit den Nachbarn vom Rhein-Hunsrück-Kreis, mit Limburg-Weilburg, lieber Michael Schnatz, Leader Regionalentwicklung und auch mit dem Westerwaldkreis der Naturpark Nassau. Das sind Beispiele von denen ich Ihnen ausdrücklich berichten kann, dass es sehr gut läuft. Man versteht sich gut mit den Kollegen und wir haben das gemeinsame Ziel uns gegenseitig zu unterstützen, zu entlasten, um letztendlich nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern insgesamt auch Perspektiven für eine gemeinsame Region zu erarbeiten.

Aber auch, und das habe ich mir als Aufgabe vorgenommen, Vorschläge und Verbesserungen an übergeordnete Verwaltungen weiter geben zu dürfen. Das heißt, wenn man etwas nicht akzeptieren möchte oder beispielsweise auch sagt, da gibt es ein EDV-System, das schon ein bisschen in die Jahre gekommen ist und hier beim Kreis viel Arbeit macht, da sei es bitte auch einmal erlaubt bei der anderen Institution, immer kritisch-konstruktiv, zu sagen, ich habe einen Alternativvorschlag, entweder ein anderes System oder einen anderen Arbeitsablauf. Und wir haben das Beispiel, als wir gemeinsam mit Herrn Petri im Kreisstraßenbau unterwegs waren, als wir versucht haben die ein oder andere Straße auf den Weg zu bringen, als wir teilweise ein dreiviertel Jahr kämpfen mussten und dann heißt es trotzdem nein. Wir haben es jetzt erreicht, dass unser Kreisstraßenbauprogramm jährlich im Wege des Haushaltes geprüft wird und wir relativ früh am Anfang des Jahres eine klare Aussage bekommen, dürft ihr diese Straßen ausbauen oder nicht, dann kann man sich darauf einstellen. Und das Tolle ist, dies ist jetzt nicht nur im Rhein-Lahn-Kreis so, sondern wird jetzt auch bei den 23 anderen Landkreisen eingeführt. Ein kleines Beispiel dafür, wie sich manchmal eine Stunde Investition an Zeit lohnt. Dies bedeutet, wir sollten nicht immer nur kritisch bei anderen sein, sondern es geht auch darum, vieles selbst zu gestalten. Manches kommt von Außen, manches auch wie wir beim Stichwort Asylentwicklung sehen weltweit. Aber da ist es auch ein klares Bekenntnis, hier kommen Menschen zu uns, die haben kein einfaches Schicksal und wenn wir jetzt auch vorschlagen 0,5 Stellen zusätzlich einzurichten, bedeutet das einen zusätzlichen Kostenaufwand für den Kreis, aber es ist auch eine gute Tat.

Ich war vor kurzem mit einer Gruppe von Asylbewerbern zusammen, das sind junge Menschen die sagen: „Ich habe letzten Sommer das letzte Mal meine Eltern gesehen. Seitdem bin ich unterwegs!“ Und da haben wir auch ein Stück humanitäre Verpflichtungen hier im Kreis, finde ich. Von daher stehe ich ausdrücklich hinter diesem Vorschlag hier Entlastung zu geben und darf mich auch bei den Verbandsgemeinden und Gemeinden vor Ort bedanken, die mit Rat und Tat zur Seite stehen, damit die Menschen eine Unterkunft bekommen.

Und wem ich sehr dankbar bin, das kann man gerade an den Wochenenden beobachten, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Menschen hier im Kreis im Ehrenamt. Das ist eine Vielfalt, eine Kreativität und eine Innovation, die so wertvoll ist und ohne die könnten wir, ob Verwaltung oder Politik, unsere Arbeit nicht auf den

Weg bringen. Von daher versuchen wir dort Spielräume zu nutzen, weniger im Rahmen des öffentlichen Kreishaushaltes, sondern über die NASPA Stiftung oder, lieber Günter Groß, auch herzlichen Dank an Euch, an die Volksbank, wenn man bei den Spendenübergaben dabei sein darf. Das ist oft nur ein kleiner Tropfen, aber ein guter Tropfen und so kommen wir in dem ein oder anderen Projekt auch weiter und das wollen wir auch verstärkt ausnutzen. Dafür ganz ganz herzlichen Dank an Dich und Deine Institution, das wir das gemeinsam gehen können. Denn die Menschen sagen mir immer es ist nicht unbedingt die Frage der Summe die ich als Zuschuss als Verein, für mein kulturelles Projekt, für ein soziales Projekt bekomme, sondern dass ich etwas bekomme ist eine Anerkennung, man erkennt die Arbeit der Initiative und der Gruppe an.

Den Eigenbetrieb, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatte ich eben schon angesprochen mit der neuen Führungsstruktur und einem positiven Wirtschaftsplan. Da ist Stabilität, da ist Kontinuität und ich glaube das Ziel unserer Aufgabe einer sicheren Abfallwirtschaft, ökologisch, ökonomisch und vor allem auch bezahlbar, haben wir gemeinschaftlich erreicht. Vielen Dank an die Werkleitung, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch an den Werkausschuss. Da wird sehr konstruktiv zusammengearbeitet und auch sehr wirtschaftlich und auch personell sehr ökonomisch, das als ausdrückliches Kompliment. Die Zukunftsperspektiven, die Mitglieder im Werkausschuss wissen das, wir werden das ein oder andere im nächsten Jahr wieder als Vergabe zu beschließen haben, an Entscheidungen und da habe ich die große Bitte: Gehen wir das frühzeitig an, ganz sachlich, ganz pragmatisch und auch in aller Ruhe und wägen wir sorgfältig ab welche Entscheidung wir treffen. Gerade in dem Bereich wird oft eine Entscheidung getroffen die nicht nur für ein Jahr gilt, sondern für 5 oder 10 und sie trifft auch Menschen und sie trifft auch die Bürgerinnen und Bürger, denn wir haben die Aufgabe unseren Versorgungsauftrag vorzunehmen, von daher Schritt für Schritt. Die Weichen für zukünftige Entscheidungen sind gestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsplan liegt Ihnen sehr detailliert vor. Ich finde er ist sehr realistisch, wir haben die 3 Schwerpunkte zu konsolidieren, zu investieren und im Rahmen der eigenen Kraft zu reformieren. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und bitte ausdrücklich darum, dass wir gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft angehen. Denn das sagen mir die Menschen bei vielen Begegnungen: Ihr habt einen gemeinsamen Auftrag, egal in welcher Funktion als Landrat, als Kreisbeigeordneter oder als Mitglied des Kreistages, auch egal von welcher parteilichen oder politischen Gruppierung, wir erwarten von euch, dass ihr euch für unsere Ziele und eine gute Struktur im Rhein-Lahn-Kreis einsetzt. Das versuche ich gemeinschaftlich mit Ihnen, dafür brauche ich Ihre Unterstützung und ich bitte ausdrücklich auch um Ihre Unterstützung für den Ihnen vorliegenden Haushalt.

Herzlichen Dank für Ihre Geduld, Sie haben das Wort.

**Es gilt das
gesprochene Wort**

Rede zum Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises

Carsten Göller, Fraktionsvorsitzender

Bad Ems, 8. Dezember 2014

<p>Anrede</p>	<p>Sehr geehrter Herr Landrat Puchtler, Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Sehr geehrte Gäste,</p>
<p>Dank an Mitarbeiter</p>	<p>ich möchte auch mit etwas beginnen, dass sonst eigentlich am Ende von Haushaltsreden zu finden ist: Dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter! Ohne Sie alle wäre unsere Arbeit hier im Kreistag brotlose Kunst. Sie setzen um, was wir uns ausdenken und beschließen. <u>Und Sie alle setzen das ausgezeichnet um!</u> Gerade die Jahresergebnisse, die durchweg immer besser sind, als in den Haushalten geplant, sprechen für Sie!</p>
<p>Grundzüge des Haushalts</p>	<p>Den vom Landrat und der Kreisverwaltung vorgelegten Haushalt kann man gut und gerne wieder als Sparhaushalt bezeichnen. Aber es ist ein Sparhaushalt, der die richtigen Akzente und Zukunftsinvestitionen setzt. Im Bildungsbereich, bei den Kindertagesstätten, in der Mobilität und besonders wichtig im Breitbandausbau!</p>

<p>Einnahme und Ausgaben</p>	<p>Besonders erfreulich ist die Reduzierung der Jahresfehlbeträge. Wir landen bei einem Fehlbetrag von 958.000 Euro und zahlen sogar Liquiditätskredite zurück. Wir kommen dort von fast 12 Millionen Euro. Auf diese Entwicklung können wir alle stolz sein.</p> <p>Und worauf wir noch viel stolzer blicken können: Ich zitiere aus dem Vorbericht: "Ab dem Haushaltsjahr 2015 und für den sich anschließenden Finanzplanungszeitraum bis 2018 ist <u>keine Nettoneuverschuldung</u> mehr vorgesehen"! Das kann sich sehen lassen.</p> <p>Natürlich könnte es immer noch ein bisschen besser sein. Der Rückgang der Gewerbesteuer, der für den Kreis ein Minus von rund 1,6 Millionen Euro bedeutet ist bitter. Auch und gerade für unsere Städte und Gemeinden.</p> <p>Trotzdem steigen im Kreishaushalt die Erträge um 7,5 Millionen Euro, wohingegen die Aufwendungen um etwa 7 Millionen Euro steigen.</p>
<p>SPD stimmt Haushalt zu!</p>	<p>Bei diesen finanzpolitischen Rahmenbedingungen wird nicht einfach nur wild gespart. Ganz im Gegenteil: Wir wollen mit diesem Haushalt in Bildung, Mobilität und Infrastruktur für die Zukunft investieren. Aus diesem Grund wird die SPD-Kreistagsfraktion dem vorgelegten Entwurf zustimmen!</p>

<p>Gesamtsituation der kommunalen Haushalte</p>	<p>Wenn man sich über die Gesamtsituation des Kreishaushaltes unterhält, richtet man den Blick schnell zu anderen Ebenen.</p> <p>Ich kann mich heute hier hinstellen und die Leiter der politischen Ebenen rauf und runter klettern. Wir alle werden auf jeder Ebene irgendwo finanzpolitischen Handlungsbedarf sehen. Sei es in Brüssel, in Berlin oder in Mainz.</p> <p>Der Bund bürdet viele Lasten im Sozialbereich den Kreisen auf und wenn er dann doch etwas erstattet, dann macht er das so kompliziert, dass wir doch wieder den Kopf schütteln. Das sehen wir aktuell am Beispiel der Vorabmilliarde.</p> <p>Die große Entlastung bei der Eingliederungshilfe soll erst ab dem Jahr 2018 kommen. Ich finde: <u>Das Geld muss früher kommen und das Geld muss direkt bei den Aufgabenträger, also bei den Kreisen ankommen!</u></p> <p>Mit Blick auf die von Wolfgang Schäuble kürzlich verkündete schwarz Null ist da sicherlich etwas möglich.</p> <p>Anders als beim Land, das die von allen Fraktionen beschlossene Schuldenbremse einhalten will und muss. Von dem aber immer alle mehr mehr mehr fordern. Ich finde es ja interessant, dass dies die gleichen Leute fordern, die auch eine strikte Einhaltung der Schuldenbremse fordern.</p> <p>Die CDU im Land möchte beispielsweise den Landeshaushalt und gleichzeitig die kommunalen Haushalte sanieren. Und wenn ich mir so manche Äußerungen bei harten Sparentscheidungen ansehe, dann möchte man auch auf nichts verzichten.</p>
--	---

Wie dieser Zaubertrick gelingen soll, meine Damen und Herren, das muss uns insbesondere die CDU im Land einmal genau erklären. Vielleicht hören wir ja in der Rede von Herrn Lammert etwas dazu.

An dieser Stelle möchte ich aber noch kurz an eins erinnern: Das Land hat den KFA, wie vom Gericht aufgetragen, reformiert. Für den Rhein-Lahn-Kreis bedeutet das unterm Strich erst einmal ein Mehr von Finanzausgleichsleistungen in Höhe von mehr als 4,8 Millionen Euro.

Es kann aber noch niemand abschließend sagen, ob die Veränderungen auch die Richtigen waren, da das neue Gesetz derzeit wieder vor Gericht beklagt wird. Wir müssen uns also alle noch ein wenig gedulden, bis wir in Sachen KFA endgültig sagen können was richtig oder was falsch ist.

Ich möchte Sie auch noch an eine zweite Sache erinnern: Der Landesrechnungshof hat den Kommunen ins Stammbuch geschrieben, dass sie ihre Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen müssen. Da müssen sich sicherlich einige Kommunen zunächst einmal an die eigene Nase packen. Auch hier im Kreis!

Wir im Rhein-Lahn-Kreis haben das getan und da möchte ich ausdrücklich den Kreistagen der vergangenen Wahlperioden danken. Schaut man sich die Liste der aktuell noch vorhandenen freiwilligen Ausgaben an, dann sieht man, dass dort nichts mehr zu holen ist.

Ich möchte gerade bei der Sportstättenförderung oder der Kreismusikschule nichts kürzen!

<p>Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen</p>	<p>Eine Entscheidung in Sachen Einnahmemöglichkeiten müssen wir auch wieder mit diesem Haushalt treffen. Wir müssen sagen, was mit dem zusätzlichen Geld aus der sogenannten Vorabmilliarde passiert.</p> <p>In den vergangenen Tagen und Wochen haben alle Fraktionen und Kreistagsmitglieder hin und her diskutiert, wie man damit umgehen soll. Es wäre glaube ich müßig jede diskutierte Idee noch einmal zu nennen. Der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag mit einer gesplitteten Umlage fand durchaus Zustimmung, weil er transparent und nachvollziehbar ist. Der Vorschlag wurde aber wegen der negativen Folgen für die Gemeinden bei der Umlagegrundlage und wegen des hohen Verwaltungsaufwands kritisiert.</p> <p>Wenn ich mir aber den von der FWG vorgeschlagenen Kompromiss ansehe, dann denke ich hier haben wir einen Vorschlag, mit dem Kreis, Verbandsgemeinden und die Städte und Gemeinden gut leben können. Der Rhein-Lahn-Kreis verzichtet bei diesem Weg zwar auf ca. 70.000 Euro, aber dafür sind alle Ebenen mit im Boot, wir halten den Verwaltungsaufwand klein und das Geld vom Bund kommt dort an, wo es laut den politischen Bekundungen auch ankommen sollte: Beim Träger der Eingliederungshilfe, dem Kreis.</p> <p>Es war keine leichte Entscheidung, aber die SPD-Fraktion wird dem Vorschlag die allgemeine Umlage um 0,3 Prozentpunkte zu erhöhen zustimmen.</p> <p>Wir wollen das tun, damit das fehlgeleitete Bundesgeld, das die Gemeinden über ihre Anteile an der Umsatzsteuer bekommen, an der richtigen Adresse ankommt.</p>
---	---

	<p>Ich sagte ja bereits: <u>Das Geld vom Bund muss direkt bei den Aufgabenträger, also bei den Kreisen ankommen!</u> Ich hoffe der Bund wählt künftig bessere Wege.</p>
--	---

Werke	<p>An dieser Stelle möchte ich vom eigentlichen Haushalt etwas weggehen und den Blick auf die Werke richten.</p> <p>Zunächst einmal haben wir hier bereits einige zukunftsweisenden Entscheidungen getroffen. Die Kooperationen mit den Nachbarlandkreisen helfen hier und dort Mittel effizient einzusetzen und die Gebührenbelastung der Menschen auf dem heutigen Niveau zu halten.</p> <p>Mit dem Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft für 2015 werden die Wege und Zielrichtungen aus den vergangenen Jahren fortgeschrieben. Und auch hier wird mit Sanierungsarbeiten und Investitionen eine wichtige Grundlage für die zukünftige Entwicklung gelegt. Und im Ergebnis soll mit einem Gewinn abgeschlossen werden. Mit diesen Zahlen können wir heute die Gebühren stabil halten und das muss auch unser großes Ziel für die kommenden Jahre sein.</p> <p>Ab 2016 werden wir für dieses Ziel aber genau hinschauen müssen. Energie- und Gaspreise, die Zinsentwicklung und die bereits prognostizierten Verluste sind warnende Zeichen. Ich bin aber sicher, dass die Werkleitung und Werksausschuss diese Punkte und Entwicklungen bereits im Blick haben.</p> <p>Die SPD-Fraktion wird den vorgelegten Plänen zustimmen.</p>
--------------	---

<p>Wir investieren!</p>	<p>Nach dem Blick in die Finanzen und auf die Werke, möchte ich noch einmal auf das eingehen, was die Menschen im Kreis draussen im kommenden Jahr auch sehen und spüren werden: Unsere Investitionen!</p> <p>Wir wollen <u>ohne Nettoneuverschuldung</u> im Rhein-Lahn-Kreis etwas bewegen und ich denke mit dem vorgelegten Haushalt tun wir das auch.</p> <p>Nur noch einmal die reinen Zahlen:</p> <p>6,3 Millionen Euro für den Betrieb und die Unterhaltung unserer Schulen.</p> <p>10,9 Millionen Euro für Kreisstraßen, Schülerbeförderung und den ÖPNV.</p> <p>32,3 Millionen Euro für den Betrieb und die Erweiterung von Kindertagesstätten.</p> <p>Und, das ist besonders wichtig, 13 Millionen Euro wollen wir gemeinsam mit dem Land, den Verbandsgemeinden und den Städten und Gemeinden im Kreis in den flächendeckenden Breitbandausbau investieren.</p>
--------------------------------	--

Breitbandausbau	<p>Den Breitbandausbau möchte ich noch einmal genauer in den Fokus nehmen:</p> <p>Wir stehen hier vor einer großen Herausforderung, die wir bislang gemeinsam, und auch Dank Herrn Herm, gut meistern. Ich bin froh, dass unser ehemaliger Landrat Günter Kern die Initiative ergriffen und ein kreisweites Projekt auf den Weg gebracht hat.</p> <p>Das Land hat dem Kreis vor wenigen Tagen noch einmal schriftlich bestätigt, dass es den Breitbandausbau im Kreis mit 3 Millionen Euro unterstützen wird. Dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Roger Lewentz und Günter Kern. Jetzt sind wir hier vor Ort am Zug!</p> <p>Ich sage daher eins deutlich: Wir sind zum Erfolg verdammt! Wir müssen das hinkriegen!</p> <p>Und es darf nachher nicht an der Kostenfrage scheitern. Wenn uns im kommenden Jahr die Ausschreibungsergebnisse vorliegen, erwarte ich von allen Seiten Kompromissbereitschaft, was die Finanzierungsfrage angeht.</p> <p>Bei Bedarf wird die SPD-Fraktion dafür werben, dass wir als Kreis auch weitere finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Wie viel Geld notwendig ist, werden die Ausschreibungsergebnisse im kommende Jahr zeigen.</p>
------------------------	--

<p>Ankündigung für 2015 und darüber hinaus</p>	<p>Stand heute können wir sagen: Der Breitbandausbau ist auf einem guten Weg und unsere Investitionen sind eine gute Grundlage, damit der Kreis zukunftsfähig bleibt, beziehungsweise wird.</p> <p>Das alleine wird aber nicht reichen. Wir müssen die im Kreisentwicklungskonzept zusammengetragenen Grundlagen in aktive Kreispolitik umsetzen. Ich möchte hier etwas konkreter werden als der Landrat: Wir sollten daher für die Umsetzung des Kreisentwicklungskonzepts eine neue Lenkungsgruppe auf den Weg bringen, die mit Mitgliedern aller politischen Gruppierungen und Experten aus dem Kreis besetzt ist.</p>
---	---

Anträge der SPD	<p>Die SPD-Fraktion wird außerdem im kommenden Jahr zwei Anträge auf den Weg bringen, die sich mit dem Mobilfunknetz und der Wirtschaftsförderung im Kreis beschäftigen werden.</p> <p>Wir möchten gerne prüfen, wie gut oder schlecht die Mobilfunknetze im Kreis sind und ob es Möglichkeiten gibt den Ausbau an der ein oder anderen Stelle zu forcieren. Mobilfunknetze sind heute viel mehr als eine mobile Telefonzelle. Mobiles Internet und mobile Datenübertragung spielen auch in der Wirtschaft eine immer bedeutendere Rolle.</p> <p>Außerdem möchten wir, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft einen Fokus auf die IT-Branche und die Digitalwirtschaft richtet. Mit dem Breitbandausbau schaffen wir wichtige Voraussetzungen, es braucht aber auch Unternehmen, die diese Voraussetzungen in Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg umsetzen.</p> <p>Beide Themen wollen wir im neuen Jahr als Antrag in dieses Gremium einbringen und ich darf schon jetzt um Ihre Unterstützung werben.</p>
------------------------	---

<p>Vision vom Rhein-Lahn-Kreis</p>	<p>Ich möchte Sie zum Ende meiner Rede einmal mitnehmen und zeigen, wie ich mir den Kreis in der Zukunft vorstelle:</p> <p>Wir haben den Breitbandausbau geschafft. Alle Dörfer und selbst die Außenbereiche sind angeschlossen. Idealerweise konnten wir sogar in vielen Bereichen Glasfaser bis zum Haus legen. Der moderne Zugang zur Welt hat dafür gesorgt, dass immer mehr Menschen von zu Hause aus arbeiten können. Dass sie kleine Unternehmen im Kreis gründen und die ideale Lage zwischen den Ballungsgebieten Rhein-Main und Köln für ihren wirtschaftlichen Erfolg zu nutzen.</p> <p>Die Kinder des Kreises gehen in ausgezeichnete Kindertagesstätten, die allen, die es möchten, auch unter 3 Jahren einen Platz anbieten und den ganzen Tag geöffnet haben. Auch unsere Schulen sind auf einem hervorragenden Niveau. Dort werden aus Kindern Leute, die später in den Unternehmen des Kreises einen Arbeitsplatz finden. Sicherlich werden manche auch in Koblenz, Limburg oder dem Rhein-Main-Gebiet arbeiten, aber weil wir klug in den SPNV und ÖPNV investiert haben, sind die Staus vor den Ballungsräumen weniger geworden und durch bessere Takt- und Preisangebote werden gerade die Züge im Rheintal und Lahntal besser angenommen. Fast wie S-Bahnen.</p> <p>Unsere Straßen im Kreis haben wir gut erhalten. Wir mussten aber die mutige Entscheidung treffen einige Straßen nicht mehr zu erneuern. Trotzdem sind alle Dörfer auf der Straße gut erreichbar.</p>
---	---

	<p>Im Sozialbereich haben wir mit den Heimen Scheuern nicht nur eine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen. Wir haben eine große Kompetenz in Sachen Inklusion geschaffen und dieser Bereich ist weiterhin einer der wichtigsten Arbeitgeber für die Menschen im Kreis.</p> <p>Unsere beiden Welterben haben den Tourismus nachhaltig belebt und wir haben die Strukturen weiter professionalisiert. Das heute noch manchmal vorhandene Kirchturmdenken ist endgültig passé.</p> <p>Und wir haben es geschafft trotz der großen Herausforderung, trotz manchem Ärger, dass das bürgerschaftliche Engagement auf dem guten und hohen Niveau gehalten werden konnte.</p>
<p>Schluss</p>	<p>Der uns vorliegende Haushaltsentwurf für das kommende Jahr ist sicherlich nicht visionär. Aber er bringt uns mit seiner Linie und seinen Investitionen der von mir beschriebenen und erhofften Zukunft näher.</p> <p>Ich möchte in die Zukunft gehen, die SPD-Fraktion möchte das auch und ich lade die anderen Fraktionen und Kreistagsmitglieder ein, mit uns gemeinsam zu gehen.</p> <p>Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.</p>

Haushaltsrede von Herrn Matthias Lammert, MdL,
Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2015 am 08.12.2014

-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

jedes Jahr der gleiche Ablauf...der Haushalt wird beraten und diskutiert.
Jedes Jahr versuchen wir die Zahlen neu zu deuten und zu analysieren und jedes Jahr müssen wir im Grunde nüchtern feststellen, dass wir als Rhein-Lahn-Kreis wenig Spielraum und selbst kaum Möglichkeiten einer Veränderung haben.

Das ist auch in diesem Jahr so, wenn gleich es gefühlt etwas anders liegt, da ein neuer Landrat den Haushalt eingebracht hat – er hat aber auch leider **kein neues Geld mitbringen können**.

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich möchte mich zunächst recht herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und bei Herrn Bernd Menche und seiner Stellvertreterin Frau Holl für die gute und umfassende Aufbereitung des Zahlenwerkes bedanken. Das hat uns bei den Beratungen weiter geholfen.

Dieses Jahr stellt sich die Situation des Haushaltes geringfügig erfreulicher dar, denn der Fehlbedarf beläuft sich im Ergebnishaushalt auf nur 0,985 Millionen (2014 waren es noch 1,425 Millionen, 2013 sogar noch 8,3 Mio)!

Ich weiß, dass Sie Herr Landrat gerne einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hätten – ich kann Ihnen versichern, dass wir dies **uns alle seit Jahren wünschen**.

Sehen wir jetzt ein Licht am Ende des Tunnels oder ist es nur das Grubenkerzchen in dem großen Haushaltsloch, in welchem wir uns schuldentechisch nach wie vor befinden – die nächsten Jahre werden es zeigen.

Ein wirkliches Ende der jährlichen Haushaltsfehlbeträge scheint nämlich leider noch nicht absehbar – im Finanzplan sind für die **Jahre 2016-2018 noch Fehlbeträge von rund 6,8 Millionen prognostiziert**, wenn auch auf einem deutlich tieferen Niveau als in den vergangenen Jahren.

Erfreulich dabei ist, dass wir **keine neuen Liquiditätskredite** aufnehmen müssen und der Finanzhaushalt sogar ein **kleines Plus von 1,175 Millionen** aufzeigt.
Wir haben damit keine Nettoneuverschuldung und können den Schuldendienst bedienen.

Der Kreishaushalt ist aber immer noch als **sehr angespannt und als risikobehaftet** zu bezeichnen.

Dieses finanzielle Problem ist nicht durch den Kreis verschuldet, sondern wird maßgeblich fremdbestimmt und ist ein seit Jahren **viel diskutiertes strukturelles Finanzproblem**.

Ich möchte nicht nochmals alle Zahlen nennen, der Landrat hat diese bereits in seiner Rede vorgestellt – zudem werden die Zahlen durch mehrmaliges Wiederholen leider auch nicht besser.

Wir haben finanzielle Probleme, **obwohl** eigentlich aktuell die besten Voraussetzungen für eine Trendwende gegeben sind:

Eine anhaltend gute Wirtschaftslage und damit verbunden hohe kommunale Steuereinnahmen, hohe Steuerkraft, eine absolute Niedrigzinsphase !!

Wir dürfen uns gar nicht ausmalen, wenn das Zinsniveau wieder ansteigt!

Wir haben zusätzlich durch die 100% Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den **Bund eine hohe Kostenersparnis** (3 Millionen jährlich im Vergleich zum Jahr 2011).

Zudem erwarten uns weitere Zuflüsse des Bundes u.a. für die Kosten der Unterkunft, im Bereich Asyl und der Eingliederungshilfe und Mittel für die Kinderbetreuung.

Und trotzdem, sind die Ursachen für unsere finanzielle Situation vielfältig und insbesondere in einem permanent steigenden Sozialhaushalt (Teilhaushalt 6 und 7) zu suchen, allein dieser macht 74,24 % der Aufwendungen im Gesamthaushalt aus:

Auch das Schwanken bei der Kreisumlage (liegt bereits im oberen Drittel aller Landkreise) gehört zu einer schwierigen Kalkulation dazu, **bei gleichem Umlagesatz wie im vergangene Jahr haben wir einen Rückgang von 1,6 Mio Euro in der Kreiskasse**.

Dafür haben sich diesmal die Schlüsselzuweisungen B2 und C2 erhöht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotzdem wurden den Kommunen und werden seit Jahren die nötigen Finanzmittel vom Land nicht zur Verfügung gestellt. (Stichwort: Finanzausgleich)

Die gerichtliche Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom 14. Februar 2012 hat zu dem neuen Finanzausgleich geführt, der neue Schlüsselzuweisungen von C vorsieht.

Die Leistungen aus dem **neu geregelten Finanzausgleich** sind aber zu gering, da über Jahre der kommunale Finanzausgleich mit systemfremden Ausgaben befrachtet wurde.

Doch anstatt hier etwas neu zu regeln, erhöht das Land Rheinland-Pfalz die Finanzmasse **nur um** bescheidene zusätzliche 50 Mio. €.

Dabei sollte der kommunale Finanzausgleich doch dazu dienen, 1. die den Kommunen zustehenden Finanzmittel insgesamt zu stärken und 2. auch zu einem bedarfsgerechten Ausgleich von Finanzkraftunterschieden beizutragen.

Folge ist, dass es erneut Klagen geben wird.

Diese neue Schlüsselzuweisung wird "aus dem System" und somit aus der ohnehin begrenzten Finanzausgleichsmasse bedient und konkurriert somit mit den anderen vorhandenen SZ`en.

Auf dem Rücken der kleinen Ortsgemeinden und Städte ist diese Finanzreform erfolgt.

Wir sollten als kommunale Familie geschlossen gegenüber dem Land auftreten und weiter auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Finanzausstattung hinwirken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen ist hoch problematisch! (Rechnungshof)

Die Finanzlage der rlp Kommunen hat sich - auch im Ländervergleich – weiter verschlechtert. Die kommunalen Liquiditätskredite liegen bei rund 6,4 Milliarden Euro!

Es muss auch deutlich gesagt werden, dass obwohl in Rheinland-Pfalz dasselbe Bundesrecht umgesetzt wird wie in allen Bundesländern die Situation in unserem Bundesland extrem schlimm ist. (vorletzter Platz vor dem Saarland)

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei **bestimmten Ausgaben** können und sollten wir auch nicht sparen, da diese Investitionen unabdingbar sind für eine künftige positive Entwicklung.

Dazu gehören z.B. Bildungsausgaben im Schulbereich (wurde im letzten Jahr bereits teilweise geschoben) und den Kindertagesstätten.

Hier haben wir als verantwortungsbewusste Entscheider keinen Spielraum, die Investitionen in diesem Bereich zu kürzen.

Das gleiche gilt für das Kreisstraßenbauprogramm, wobei wir hier schon ganz klar auf Verschleiß fahren.

Lückenschluss Radweg, Rettungswesen und Katastrophenschutz oder Förderung des Breitbandausbaues.

In diesem Haushalt wird erstmals ein Umlagesplitting vorgesehen.

Hintergrund ist die sogenannte Vorab-Milliarde des Bundes.

Der Bund hat beschlossen die Kommunen weiter zu entlasten (gesetzlich müsste er im Gegensatz zu den Ländern dies eigentlich nicht).

Der Bund möchte die Kommunen auch bei der Eingliederungshilfe entlasten und **zwar im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes mit 5 Milliarden Euro ab 2018.**

Jetzt möchte der Bund aber **auch schon 2015 bis 2017** die Kommunen **mit 1 Milliarde entlasten**, daher hat er ein Gesetz beschlossen zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen. (wurde am Donnerstag beschlossen).

Danach soll zum einen der **Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft erhöht werden** (500 Mio), das kommt bei den Kreisen, wie bei der Grundsicherung, direkt an.

Die andere Förderhälfte erfolgt über einen **höheren Kommunalanteil an der Umsatzsteuerverteilung** – dies kommt beiden Städten und Gemeinden an.

Die Begründung der Verwaltung für die Umlagenerhöhung durch das Splittingverfahren ist der Hinweis auf fehlgeleitete Wege der Förderung.

Die Förderung wäre nicht für die Gemeinden und Städte bestimmt (keine Eingliederungshilfe) – es wäre bei Fehlbuchung und wir müssten daher das Geld für den Kreis zurückholen.

Das sehen wir mit Verweis auf das Bundesgesetz nicht so.

1. Es findet sich im Gesetz hierzu keinerlei Hinweis.
2. Redner der Koalition haben klar gesagt, dass hier ganz bewusst eine Aufteilung der Mittel erfolgt, damit einmal die Träger der KdU profitierten (also Kreis), aber eben auch die kleinen Ortsgemeinden und Städte.

Es sei ein Kompromiss für alle Beteiligten, die zusätzlichen Mittel fließen unabhängig von der Eingliederungshilfe.

Die Unterstützung für die Eingliederungshilfe erfolgt mit dem Bundesteilhabegesetz

Wir halten daher von einer Splittingumlage nichts.

- Zudem Systemänderung / Systemdurchbrechung mit hohem Verwaltungsaufwand
- Benachteiligt die Gemeinden und Städte mehrfach, da die volle VG-Umlage auf den Umsatzsteueranteil trotzdem erfolgt und bei der Berechnung von Zuschüssen oder Zuweisungen die höhere Steuerkraftmeßzahl zugrunde gelegt werden würde.

Jetzt liegt ja ein Antrag der FWG vor, die fordert die Kreisumlage insgesamt um 0,3 Punkte zu erhöhen.

Das ist zwar klarer als das Splittingverfahren – aber auch dies belastet zusätzlich die Gemeinden und Städte.

Wir sind der Ansicht, dass die Grundlage für eine Umlagenerhöhung entfallen ist es gibt keinen inhaltlichen Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe.

Daher beantragen wir eine getrennte Abstimmung über die Umlage in der Gestalt, dass wir weder eine gesplittete Umlage noch eine allgemeine Kreisumlagenerhöhung wollen – also Beibehaltung der 44,5 Prozentpunkte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ohne weitere strukturelle Veränderungen in der Finanzausstattung der Kommunen wird der Kreishaushalt daher auch auf längere Sicht noch unausgeglichen bleiben.

Wir können dem Kreishaushalt daher im Falle einer Umlagenerhöhung nicht zustimmen!

Kollege Christoph Ferdinand spricht zu den Werken.

Vielen Dank !

Redebeitrag von Herrn Christoph Ferdinand für die
CDU-Kreistagsfraktion zum Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft 2015
am 08.12.2014
-es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,

der nun vorliegende Planentwurf für den Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Abfallwirtschaft sieht im Erfolgsplan Erträge in Höhe von 19,544 Millionen Euro vor, welchen Aufwendungen in Höhe von 19,413 Millionen Euro gegenüberstehen, was im Saldo einen Jahresgewinn von 130.693 Euro ausmacht, wobei sich die Umsatzerlöse um 320.000 Euro (Bioabfall aus dem Rheingau-Taunus-Kreis) gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 18,086 Millionen Euro steigern sollen.

Dies bedeutet, dass man nun - wenn auch mit stark fallender Tendenz - im fünften Jahr hintereinander schwarze Zahlen schreiben wird und in diesem Zeitraum rund 3,5 Millionen Euro plus gemacht hat (auf die letzten 10 Jahren sind dies immerhin auch noch stolze 1,9 Millionen Euro). Die Prognosen für die kommenden Jahre sehen nach gegenwärtigem Stand der Dinge nicht ganz so optimistisch aus, wobei man gerade in der Müllbranche nicht vor Überraschungen gefeit ist.

Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die CDU Kreistagsfraktion durchaus Recht hatte, als man in den vergangenen Jahren anregte, über eine Verringerung der Müllgebühren nachzudenken.

Unter dem Strich bleibt aber festzustellen, und dies muss man auch einmal klar sagen, dass die Gebühren über lange Jahre stabil blieben - und dies ist heutzutage auch nicht selbstverständlich.

Und die CDU Kreistagsfraktion hofft nun, dass dies auch in den kommenden Jahren weiterhin der Fall bleibt, auch wenn in den kommenden Jahren rote Zahlen statt schwarze Zahlen geschrieben werden sollen.

Der Planentwurf für den Eigenbetrieb Rhein-Lahn-Abfallwirtschaft an sich ist wenig spektakulär. Hervorzuheben ist aber, dass es der erste Plan nach der Ägide Werner Haupt ist, der im Frühjahr in den verdienten Ruhestand eingetreten ist. Die CDU Kreistagsfraktion möchte Herrn Haupt an dieser Stelle noch einmal für die geleistete Arbeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit danken und ihm nochmals alles Gute - vor allem aber Gesundheit - für die Zukunft wünschen.

Nach dem Ausscheiden von Herrn Haupt wurde die Werkleitung mit Herrn Thomas Fischbach als kaufmännischer Werkleiter neu besetzt. Herr Günter Müller blieb weiterhin technischer Werkleiter. Die Übertragung der Geschäftsbereiche erfolgte in der Werkausschusssitzung am 8. Oktober 2014.

Diesem Wechsel in der Werkleitung ist - nebst kleineren redaktionellen Änderungen - geschuldet, dass die Betriebssatzung geändert wurde. Gleichzeitig soll in der neuen

Betriebssatzung die Wertgrenze zum Abschluss von Verträgen von 25.000 € auf 100.000 € angehoben werden, wobei der Werksausschuss hierüber nachträglich informiert wird. Diese neue Betriebssatzung steht heute ebenfalls unter Tagesordnungspunkt 3 zur Abstimmung.

Das neue Team Fischbach / Müller hat zwischenzeitlich auch einen guten Start hingelegt - und auch hier kann man sich als Ausschussmitglied nur für das kommunikative Miteinander bedanken.

Derzeit liegt der Fokus der Betriebsleitung - auch im Hinblick auf eine stabile Gebührenordnung - auf der langjährigen, vertraglichen Ausgestaltung von kreisübergreifenden, interkommunalen Kooperationen und Partnerschaften. Dies ist mit viel Arbeit und Fingerspitzengefühl verbunden und es ist dann in diesem Zusammenhang schon als positiv anzusehen, wenn am Ende dieses Planentwurfs für das Jahr 2015 wieder ein Plus von 130.693 Euro stehen wird.

Was wird das kommende Jahr 2015 noch bringen?

Es dürfte im Laufe des Jahres diskutiert werden, wie es in Singhofen weiter gehen wird! Also - spannende Zeiten. Aber das ist heute noch Zukunftsmusik!

Die CDU Kreistagfraktion bedankt sich bei der Verwaltung und Ihnen Herrn Landrat Puchtler für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr 2014 und wünscht allen Bediensteten frohe Weihnachten und einen guten Start in das neue Jahr 2015.

Die CDU Kreistagfraktion wird dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Rhein-Lahn-Abfallwirtschaft 2015“ zustimmen.

Desweiteren wird die CDU dem Forstwirtschaftsplan 2015 für den Betrieb „Rhein Lahn Abfallwirtschaft“ zustimmen.

Last but not least wird die CDU Kreistagfraktion der neuen Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ zustimmen, welche zum 1. Januar 2015 in Kraft treten wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Herrn Bernd Hartmann
Vorsitzender der FWG-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2015 am 08.12.2014

-es gilt das gesprochene Wort!-

Herr Landrat,
meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr verehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2105 liegt uns vor und soll nun heute von uns allen beschlossen werden. Ein aus Sicht der FWG sehr unspektakulärer Haushalt, handwerklich und sachlich sehr gut aufgestellt. Dafür schon mal unser Dank an die Verwaltung insbesondere auch an Herrn Menche, der uns in der Fraktionssitzung die Schwerpunkte des Haushaltes nochmals näher dargestellt hat. Die FWG Fraktion hat gegen die Festsetzungen der einzelnen Haushaltsstellen nichts einzuwenden und wird diesmal vorab, dem Haushalt zustimmen.

Im Ergebnishaushalt verbessern wir uns um knapp eine halbe Million gegenüber dem Vorjahr. Bleiben mit 958.000 € aber immer noch in den Miesen. Und wenn ich die folgenden Jahre sehe, wird es nicht besser sondern unsere Situation wird sich wieder verschlechtern. Ich hoffe, dass der Finanzausgleich vom Land hier für Besserung sorgen wird.

Lieber Carsten Göller, wenn das Land nur 50 % weniger sinnlos verbraten hätte und dies dem Kreis zugute gekommen wäre würde es uns wesentlich besser gehen. Aber auch der Bund muss weiter an seine Kommunen, Städte und Kreise denken. Was man dort, aber auch im Land beschließt und auf die Kreise abwälzt sollte auch zu 100 % bezahlt werden. Wir, vom Kreis, können diese uns aufgebürdeten Leistungen nicht mehr bezahlen.

Beispielhaft steigen die Teilhaushalte 6 und 7 „Soziales“ und „Jugend und Familie“ im kommenden Jahr wieder um 3.1 Millionen Euro auf nunmehr sagenhafte 58.3 Millionen Euro. Die komplette Kreisumlage erbringt aber nur 49.1 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, die Gesetzgebung für die Sozial-, Jugend- und Familiengesetze liegen nicht beim Kreis. Wir sollen und müssen nur bezahlen. Ich frage sie alle: - wo soll das noch hinführen? Unsere Kinder und Enkel werden die Schulden, die der Kreis hier macht und die am Jahresende runde 111 Millionen € betragen werden, nicht zurückzahlen können. Ich habe es schon vor Jahren gesagt und sage es heute wieder, der Kreis ist pleite und müsste schon längst Insolvenz angemeldet haben.

Wenn ich sehe, dass ein Lahnstein Unternehmer wegen Insolvenzverschleppung bei ca. 1 Millionen Euro, vielleicht ein paar Euro mehr, vor Gericht steht, müssten Sie, Herr Landrat und auch ihr Vorgänger, schon längst verurteilt sein und hinter Gittern sitzen.

Aber Sie können an der Lage genau so wenig ändern, wie auch wir Kreistagsmitglieder. Noch mehr sparen als wir es im Kreis tun geht nicht. Gerade mal ein paar Euro für die Kreismusikschule und noch viel weniger Euro für die Sportförderung und die Kreisvolkshochschule leisten wir uns als freiwillige Ausgaben. Das sind unter 0,1 % des Gesamthaushaltes.

Etwas besser sieht es im Finanzhaushalt aus, der mit einem Plus von 1,17 Millionen € abschließt und erfreulicherweise können wir auch im kommenden Jahr mit der Rückzahlung von Liquiditätskrediten fortfahren. Und der Kreis weist auch im kommenden Jahr keine Nettoneuverschuldung aus.

Erfreulich ist auch, dass wir doch noch so Einiges investieren können. Insgesamt rund 9,3 Millionen Euro. Ich denke alle Investitionen sind sinnvoll und angebracht.

In die Zukunft gedacht sind die 5,5 Millionen für die Breitbandversorgung sicher gut angelegt und für die Privat- und für die heimische Wirtschaft äußerst sinnvoll.

Auch die 2,4 Millionen € für die Kreisstraßen sind an sich noch viel zu wenig, wenn man mal die Abschreibung zu Grunde legen würde, aber mehr können wir uns halt nicht leisten und das können wir uns auch nur leisten, wenn das Land die notwendigen Zuschüsse gibt. Sollte hier weniger kommen können wir noch weniger Straßen sanieren. Ja und auch die Mittel für das Rettungswesen, die Schulen und die Kindergärten sind gut angelegtes Geld und werden dringend benötigt.

Und kommen wir zum Schluss noch dazu wie wir dies alles zumindest teilweise finanzieren. Aus unserer Sicht ist hier die Kreisumlage die Haupteinnahmequelle des Kreises. Erfreulich ist, dass an sich die Umlage bei 44,5 % bestehen bleiben soll. Aber ein gesplitteter Anteil soll von den Gemeinden hinzukommen. Für die Eingliederungshilfe hat der Bund für das kommende Jahr und die nächsten 2 Jahre jeweils eine Milliarde Euro bereitgestellt. Davon gehen jeweils 500 Millionen direkt an die Kreise und 500 Millionen Euro sollen über die Umsatzsteuer fließen.

Die geht, zumindest in Rheinland-Pfalz, nicht an die Kreise sondern landet bei den Kommunen und Städten. Das sind für unseren Kreis ein Anteil von 400 Mio. €, die man über eine zusätzliche gesplittete Umlage von den Gemeinden erheben will. Dies kann man so tun, aber wir, die FWG sind der Meinung, dass die Gemeinden dabei mehr als nur die 400 Mio. € zahlen werden. Da als Umlagegrundsatz bei den Kreisen und Verbandsgemeinde auch die Umsatzsteuer zählt, würde der Kreis die Mehreinnahmen zu 100 % abschöpfen, aber die Gemeinden müssten dann auch nochmals die Verbandsgemeindeumlage zahlen die von der erhöhten Umsatzsteuer ausgeht. Oder auch hier müsste in allen Verbandsgemeinden eine Splittung erfolgen. Noch schlimmer wird es im Jahr darauf, wenn für die Gemeinden die Steuerkraftmesszahlen mit den erhöhten Umsatzsteueranteilen errechnet werden die dann dazu führen können, dass die Gemeinden in der Schlüsselzuweisung A nochmals schlechter dastehen werden.

Daher schlägt die FWG Fraktion, wie wir dies in unserem Antrag bereits der Verwaltung vorgelegt, haben vor:

1. Über die Erhöhung der Umlage ist gesondert vor der Beschlussfassung des Haushaltes des Rhein-Lahn-Kreises abzustimmen.

2. Zur geplanten Erhöhung der Umlage stellt die FWG Kreistagsfraktion den Antrag die Umlage nicht wie von der Verwaltung vorgeschlagen "gesplittet" zu erhöhen sondern die Umlage insgesamt um 0,3 Punkte zu erhöhen. Die Erhöhung wird auf 3 Jahre begrenzt.

Dadurch denken wir, dass alle gleichmäßig belastet werden, ein geringer Anteil von 0,07 würde noch bei den Gemeinden verbleiben und wir hätten eine saubere Abrechnung. Wenn wir einmal mit der Splittung anfangen sehe ich kommen, dass zukünftig immer mehr zu dieser Art gegriffen werden müsste und die Berechnungen dann nicht mehr nachvollziehbar sein werden.

Ich bitte daher alle Fraktionen im Kreistag unseren Antrag zu unterstützen um auch weiterhin eine klare Linie bei der Umlage zu haben.

Lieber Carsten Göller, zu deinen Zukunftsvisionen für den Kreis kann ich dir nur sagen, bringe deine SPD im Land dazu, dass die Brücke in St. Goarshausen gebaut wird, und dann kannst du von Eschbach über die Brücke zur A61 und nach Mainz ganz entspannt fahren und brauchst im Martinstal nie mehr im Stau zu stehen.

Herr Landrat, mein Damen und Herren, wie zu Anfang gesagt, nochmals herzlichen Dank an alle Haushaltsverantwortlichen beim Kreis, das habt ihr prima gemacht.

Wir - die FWG - werden dem Haushalt zustimmen, wenn über die Umlageerhöhung vorab gesondert abgestimmt worden ist.

Zu den beiden Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft wird mein Kreistagskollege Birk Utermark kurz Stellung nehmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Redebeitrag von Herrn Birk Utermark für die
FWG-Kreistagsfraktion zum Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft 2015**

am 08.12.2014

-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,

für 2015 wird für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft ein Gewinn von gut 130.000,- Euro ausgewiesen. Gute Auslastung der Abfallbehandlungsanlage garantiert eine stabile Gebührenstruktur. Für die nahe Zukunft sind Kapazitätserhöhungen bei der Auslastung der Biologischen Anlage geplant. So wird der Rheingau-Taunus-Kreis aus dem Gebiet des Untertaunus zusätzlich Bioabfall anliefern und so die Tonnage von 7.000 auf 13.000 t/a erhöhen. Zusätzlich sollen aus anderen Regionen 30.000 t/a hinzukommen.

Die Umstellung auf eine Doppelspitze (kaufmännische und technische Leitung) mit qualifizierten Mitarbeitern aus den eigenen Reihen ist vollzogen und hat sich bereits in Verhandlungen mit potentiellen Anlieferern bewährt. Herrn Fischbach und Herrn Müller wünschen wir weiterhin viel Erfolg. Herrn Haupt sei nachträglich Dank gesagt für die hervorragende Bestellung seines Arbeitsfeldes.

Ab 2016 werden wir, trotz aller Anstrengung einen Jahresverlust ausweisen. Dieser wird sich bis 2020 hinziehen, da die Verfüllung der Deponie erst dann beendet ist. Der Kreis muss also bis zu diesem Zeitpunkt weiter die Pacht für die Deponie an die Gemeinde Singhofen aus dem laufenden operativen Geschäft begleichen. Gleichzeitig fallen aber auch Kosten für die Verbringung von getrockneten Restabfällen in andere Entsorgungswege an. Wie lange die Gebühren und Entgelte dann noch stabil gehalten werden können, wird sich zeigen.

Solange jedoch nach dem Leitspruch des Kreises gehandelt wird, sind wir guter Dinge. Mit diesem Leitspruch schließe ich. Möchte es aber vorher nicht versäumen seitens der FWG der Betriebsleitung und ihren Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz zu danken und unsere Zustimmung zum Haushalt 2015 zu signalisieren.

Das Leitmotiv: Die Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft gewährleistet die langfristige Entsorgungssicherheit auf hohem, ökologischem Niveau bei bestmöglichem Service und sozialverträglichen Gebühren und Entgelten.

Vielen Dank.

Haushaltsrede von Frau Monika Becker,
Sprecherin der FDP im Kreistag Rhein-Lahn,
zum Kreishaushalt 2015 am 08.12.2014

-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der aktuelle Haushalt weist einen Jahresfehlbetrag von knapp einer Million Euro aus. Eine Verbesserung gegenüber dem Haushalt des Vorjahres um etwa 470.000 €. Dieses Ergebnis kann uns für einen kurzen Moment zufrieden sein lassen, beruhigen kann uns das allerdings nicht!

Bereits ab dem kommenden Jahr und mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung müssen wir wieder mit steigenden Jahresfehlbeträgen im Ergebnishaushalt rechnen und zwar in einem nicht unerheblichen Ausmaß.

An eine, auch nur geringfügig ausfallende, Zinssteigerung dürfen wir im Bereich der öffentlichen Haushalte dabei überhaupt nicht denken, auch wenn das momentane Zinsniveau für den privaten Sparer zunehmend zu einer unerträglichen und auch nicht zu rechtfertigenden Belastung wird.

Wir profitieren derzeit zwar von Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich, gleichzeitig müssen wir aber z.B. einen massiven Einbruch bei der Kreisumlage registrieren.

Das Land hat den kommunalen Finanzausgleich einerseits mit den Schlüsselzuweisungen C neu geordnet, andererseits reichen die Zuwendungen daraus bei weitem nicht dafür aus, um unsere Aufgaben bei der sozialen Sicherung und der Jugendhilfe kostendeckend zu erfüllen.

Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben es registriert: Nahezu 75% des Gesamthaushaltes nehmen die Teilhaushalte 6 und 7 in Anspruch und die hierfür notwendige Gegenfinanzierung ist nicht gewährleistet. Ich will gar nicht im Einzelnen auf die Probleme eingehen, aber wir wissen alle, dass wir z.B. im Bereich der Kindergärten, der Schülerbeförderung, des Asylbewerberleistungsgesetzes, der wirtschaftlichen Jugendhilfe oder der Eingliederungshilfe dringend weitere finanzielle Unterstützung von Seiten des Bundes und des Landes benötigen.

Beim Asylbewerberleistungsgesetz hat der Bund ja nun den Kommunen für die nächsten beiden Jahre Unterstützung in Höhe von insgesamt einer Milliarde zugesagt. Ich bin gespannt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob und wie diese Hilfe bei uns ankommt. Komplett und ungefiltert oder ob nicht doch wieder ein Teil beim

Land hängen bleibt, wie das ja bei der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsunfähigkeit der Fall war.

Offensichtlich ist meine Sorge nicht ganz unbegründet, immerhin hat sie der neue Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Ulrich Maly, ebenfalls geäußert und zwar mit den drastischen Worten: „Wir kennen ja die klebrigen Finger unserer Länderfinanzminister...“.

Auch bei der Eingliederungshilfe hat der Bund Unterstützung zugesagt. Und zwar ausdrücklich an die Träger der Aufgabe, also die kreisfreien Städte und Landkreise. Auch hier holpert es bereits beim Auszahlungsmodus. Aus finanztechnischen Gründen wird die „Vorabmilliarde“ nicht umfassend und auf direktem Wege an die Landkreise weitergeleitet. Knapp die Hälfte davon landet bei den Gemeinden und zwar durch eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer.

Die Verwaltung hatte deshalb vorgeschlagen, auf die Steuerkraftzahl aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer einen erhöhten Umlagesatz von 56,85% zu erheben und es bei allen anderen Grundlagen beim normalen Umlagesatz von 44,5% zu belassen.

Natürlich, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wäre das finanztechnisch die sauberste Lösung, wenn auch nicht die geschmeidigste.

Einig sind wir uns – so zumindest habe ich die Diskussionen bisher bei allen Vertretern dieses Kreistages verstanden - dass diese Unterstützung des Bundes in voller Höhe dem Kreishaushalt zugedacht ist. D.h. das Geld muss irgendwie von den Gemeinden zurück an den Kreis transferiert werden. Die kommunalen Spitzenverbände konnten sich bisher nicht auf ein vernünftiges Verfahren einigen. Eine generelle Erhöhung des Hebesatzes hielte ich gerade aus Transparenzgründen für nicht sachgerecht, also bliebe aus meiner Sicht als Lösung der bereits weiter oben angeführte gesplittete Hebesatz.

Nun liegt ja ein Vorschlag der FWG vor, der eine generelle Anhebung des Hebesatzes vorsieht, allerdings nicht in der Höhe, wie es für einen vollständigen Ausgleich notwendig wäre. Dieser Vorschlag, liebe Kolleginnen und Kollegen, kostet den Kreis über 70.000 €. Es geht im Übrigen dabei auch nicht um mehr Transparenz, wie es in der Begründung heißt, sondern um eine verwaltungsinterne Vereinfachung. Das ist etwas anderes. Aber als Kompromiss, im Sinne eines Entgegenkommens gegenüber den Gemeinden, kann ich diesen Weg mitgehen.

Nun wird ja auch in Erwägung gezogen, der Kreis möge auf diesen Anteil der Bundesunterstützung ganz verzichten und ihn bei den Gemeinden belassen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Weg ist für mich keine Alternative, das können wir uns schlicht nicht leisten. Ich habe gerade vorhin darauf hingewiesen, dass wir trotz dieser Bundeszuwendung auch im Eingliederungshilfetitel noch ein großes Defizit haben. Wir können doch nicht gegenüber Bund und Land einerseits Unterstützung einfordern und andererseits gegenüber den Gemeinden ausgerechnet auf die Einnahmen verzichten, die uns von Bund und Land ausdrücklich für die Erfüllung unserer Kreisaufgaben zu- gedacht sind.

Meine Damen und Herren, ich habe zu Beginn darauf hingewiesen, dass wir einen deutlichen Rückgang des Kreisumlageaufkommens verkraften müssen.

Das der Kreisumlage zugrunde liegende Gewerbesteueraufkommen ist stark zurückgegangen. Eine eindeutige, schlüssige Erklärung dafür gibt es nicht. Sind das temporäre, natürliche Schwankungen, die sich im kommenden Jahr wieder ausgleichen?

Meine Damen und Herren, ich glaube, so unproblematisch ist es nicht. Ich will Ihnen nur an wenigen Zahlen aufzeigen, wie wichtig unsere Aufmerksamkeit gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung im Kreis ist:

Der Rückgang der Stellenzugänge im Rhein-Lahn-Kreis liegt von 2013 auf 2014 bei 6,8% - in den Nachbarkreisen hat sie zugenommen - der Rückgang bei den Helferstellen liegt sogar bei 20%.

Die Beschäftigungsentwicklung im Rhein-Lahn-Kreis ist seit 2010 deutlich schlechter als im Bund, im Land und vor allem gegenüber unserem Nachbarkreis, dem Westerwaldkreis!

Eine Situation, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die sicher nicht dramatisch ist. Ich glaube aber, dass wir noch mehr darauf achten müssen alles zu berücksichtigen, was wir im Rhein-Lahn-Kreis tun können, um die Rahmenbedingungen für unsere heimische Wirtschaft zu optimieren.

Dafür müssen wir in Infrastruktur investieren. Im Straßenbau tun wir dafür eigentlich viel zu wenig, wenn man unsere Investitionen den Abschreibungen gegenüber stellt - auch hier haben wir mit zurückgehenden Mitteln von Seiten des Landes zu kämpfen.

Ausbau der Infrastruktur bedeutet aber auch Ausbau der Breitbandversorgung. Meine Damen und Herren, das ist für mich eine der wichtigsten und besten Entscheidungen in diesem Haus gewesen, als Kreis den Breitbandausbau zu koordinieren und damit Hilfestellung zu geben, dass nicht nur die verdichteten Gebiete, sondern auch die schwach besiedelten Teile unseres Rhein-Lahn-Kreises einen vernünftigen Ausbau bekommen.

Nicht gleichartige, aber gleichwertige Lebensbedingungen für unsere Bürgerinnen und Bürger im Kreis schaffen – das sind Herausforderungen in dieser und in vielen anderen Fragen, denen wir uns in den nächsten Jahren stellen müssen.

Sie ergeben sich auch aus unserem Kreisentwicklungskonzept, das wir in diesem Jahr verabschiedet haben und dessen Umsetzung in den nächsten Jahren Grundlage jeder Entscheidung dieses Kreistages sein muss.

Aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen fordere ich zum einen von „oben“ die dafür notwendige Unterstützung und in unserer kommunalen Familie die notwendige Solidarität aller. Allen gemeinsam muss es um das Wohl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und um die Weiterentwicklung und Prosperität unseres Rhein-Lahn-Kreises gehen.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre engagierte und qualitativ hochwertige Vorbereitung dieses Haushaltes und insgesamt für die große Unterstützung im vergangenen Jahr und Ihnen allen danke ich für die gute Zusammenarbeit und den fairen Umgang miteinander. Ihnen allen ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das kommende Jahr.

Die FDP stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan in der vorgelegten Form zu.

Ulrich Lenz

Rede zum Kreishaushalt 2015, Kreistagssitzung 8.12.2014

Obertalstrasse 7
56368 Katzenelnbogen
Tel./Fax: 06486/902714
kreistag@linke-rhein-lahn.de
www.linke-rhein-lahn.de

Sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

zuerst möchte ich mich bei unserem Kreis-Kämmerer Herrn Menche und seinem Team für den wie immer gut vorbereiteten Haushaltsentwurf bedanken.

Doch zum Haushalt stellt sich mir folgende Frage: Wäre es – aus Zeit- und Kostengründen - nicht sinnvoll, wie es inzwischen auf Landesebene durchgeführt wird, einen Haushaltsplan über 2 Jahre zu entwerfen? Einen Nachtragshaushalt zur Korrektur beschließen wir zur Zeit ja auch schon fast jedes Jahr.

Ich bitte unseren Kreiskämmerer dem Kreistag auf der nächsten Sitzung dazu seine Überlegungen sowie die sich verändernden Kosten darzustellen.

Jetzt komme ich zum vorliegenden Haushaltsentwurf bzw. der Haushaltssatzung:

Ich werde konsequent in meiner Rede keine Zahlen bzw. Geldbeträge nenne, da wir als Vertreterinnen und Vertreter der Einwohner des Rhein-Lahn-Kreises die Aufgabe haben, uns um die hiesigen Menschen zu kümmern. Und Menschen sind keine Zahlen bzw. Produkte im Kreishaushalt.

Wie auch schon im letzten Jahr können wir eine Verbesserung der Haushaltslage feststellen. Eine Nettoneuverschuldung wird es nicht geben. Es gibt sogar einen Finanzmittelüberschuss. Aber immer noch einen Jahresfehlbetrag, bedingt durch diverse Vorgaben der Doppik bzw. den Abschreibungen diverser Haushaltsprodukte. Die Verbesserung hängt damit zusammen, dass nötige Investitionen auf die lange Bank geschoben werden. Oder zum Teil Vorgaben berücksichtigt werden, die an sich irrelevant sind. Nicht zu vergessen der historische Tiefststand der Zinsen.

Und das wirft wieder eine Frage auf: Wie steht es um die Finanzmittel des Kreises

momentan insgesamt? Wie hoch sind diese Schulden?

Nicht alles, was zum Minus führt ist für die Liquidität unseres Rhein-Lahn-Kreises relevant. Ich bin wohl nicht der Einzige hier, der nicht die Zeit hat dies aus den uns vorliegenden Unterlagen herauszufiltern.

Auch hierzu bitte einen kurzen Bericht auf der nächsten Kreistagssitzung.

Nun gehe ich auf einige Bereiche des Kreishaushaltes ein die mir persönlich sehr wichtig sind:

Beginnen werde ich mit dem Thema Asyl:

Dort werden die nächste Jahre jetzt noch nicht definierbare Kosten auf die Allgemeinheit zukommen. Die Flüchtlingsströme, nicht nur aus dem Nahen Osten, werden sich noch vergrößern. Auf der einen Seite verdienen private Deutsche Rüstungsunternehmen am Verkauf von Rüstungsgütern, die in diese Regionen gelangen, auf der anderen Seite müssen wir alle über Steuern die daraus resultierenden Konsequenzen tragen.

Daraus ergeht für mich nur eine Konsequenz: Keine Lieferung von Rüstungsgüter, zumindest in diese Regionen, sowie kein Verkauf an Zwischenhändler. Die eventuell daraus resultierende erhöhte Arbeitslosenzahl und deren Kosten steht in keinem Verhältnis zum angerichteten Schaden in den Kriegsregionen und den daraus resultierenden hiesigen Kosten durch Asylsuchende.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Probleme werden gelöst, in dem man miteinander redet. Nicht durch Krieg und daraus resultierenden Feindschaften.

Die Kosten im Teilbereich Soziales werden weiter steigen.

Im Bereich Asyl verdoppeln sie sich fast, dazu habe ich gerade gesprochen.

Aber auch im Bereich Lebensunterhalt steigen die Kosten und somit die Anzahl der im Kreis lebenden Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. Mehr als ein Viertel der Berufstätigen in unserem Kreis ist prekär beschäftigt. Prekär Beschäftigte haben ein Anrecht auf entsprechende Sozialleistungen.

Resultieren unsere im Bundesvergleich sehr niedrigen Arbeitslosenzahlen aus dem Umstand der sehr hohen Beschäftigung im Niedriglohnsektor?

Agenda 2010 und deren Konsequenzen lassen grüßen.

Ob der eingeführte Mindestlohn mit seinen unüberschaubaren Ausnahmen für eine Verbesserung sorgt ist zu bezweifeln. Auch die staatliche Kontrolle des Mindestlohns steht unter keinem guten Vorzeichen, da jetzt schon auf die mangelnde Personalbesetzung hingewiesen wird.

Hier auch eine Bitte an die Kreisverwaltung:

Bitte kontrollieren sie in ihrer Verwaltung und, wenn möglich in den Verbandsgemeindeverwaltungen, ob der gesetzliche Mindestlohn konsequent eingehalten wird.

Auch hierzu bitte ein Bericht auf der nächsten Kreistagssitzung.

Mein heute noch zu behandelnder Antrag zum Mindestlohn bei der Auftragsvergabe ist nicht nur unter dem Aspekt der Kontrolle zu sehen sondern auch unter den zu erwartenden Änderungen hierzu durch das europäische Freihandelsabkommen, kurz TTIP genannt.

Im Voraus bestehende Beschlüsse sind schwerer zu umgehen.

Wenn auch nicht in der Abrechnung, so doch im Themenfeld Soziales sind die Schulen und die Kindertagesstätten zu verorten.

Die Ausstattung und der Zustand dieser Einrichtungen ist – trotz massiver Ausgaben in diesem Bereich – im internationalen Vergleich verbesserungswürdig.

Die zukünftige Kompetenz unserer Kinder muss uns mehr wert sein.

Gleichzeitig kann es nicht sein, dass wir auf Profit und Eigeninteressen zielende, private Anbieter im Bildungsbereich, in welcher Art auch immer, finanziell unterstützen sollen.

Nur zur Erinnerung: Im Kreis haben wir inzwischen 2 private Schulen, ganz neu jetzt auch eine in Nassau.

Zur finanziellen Unterstützung an Private kann es von unserer Seite nur ein klares „nein“ geben. Die von den Privaten geforderten Gelder sind abzulehnen und konsequent in den öffentlichen Schulen und Kindertagesstätten zu verplanen. Lasst die Privaten doch entsprechende Klagen einreichen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was z. B. private Schulträger von der Allgemeinheit erwarten, um ihre durch eigene Gebühren nicht gedeckten Profiterwartungen zu erreichen.

Jetzt nun zum letzten Punkt meiner Rede:

Das Thema ist ressortübergreifend die Infrastruktur.

Dazu gehört, neben dem zukunftsweisenden, flächendeckenden Breitbandausbau, auch die komplette Mobilität unserer Mitmenschen im Kreis.

Einer der größten Kostenfaktoren im Haushalt ist die Erhaltung und der Ausbau der Kreisstraßen. Einen viel niedrigeren finanziellen Stellenwert hat der öffentliche Verkehr.

Doch zu erst zu den Kreisstraßen. Soweit mir bekannt, hat der Kreis- und Städtetag für den Straßenausbau Gelder aus der demnächst eingeführten Verkehrsmaut eingefordert.

Nebenbei bemerkt ist es interessant, dass parallel zur Einführung der PKW-Maut die LKW-Maut gesenkt wird.

Zurück zum Thema:

Um die Belastung der Kreisstraßen und dadurch die Kosten zu senken wäre es denk- und m. E. nach auch durchführbar, den dort statt findenden LKW-Durchgangsverkehr per Kreistagsbeschluss zu reglementieren. Ortsansässige Unternehmen oder Zulieferer wären dadurch nicht betroffen.

Ein wichtiger Punkt für die Mobilität ist der öffentliche Personenverkehr und seine zukünftigen Aufgaben.

Unsere Gesellschaft wird älter. Auch unsere älter werdenden Mitmenschen wollen nicht auf ihre Mobilität verzichten.

Nicht nur die steigende Anzahl unter prekären Verhältnissen lebende, ältere Mitmenschen sondern auch die unter gesundheitlichen Problemen leidenden Seniorinnen und Senioren werden auf einen funktionierenden öffentlichen Personenverkehr – besonders in unserem ländlichen Raum – angewiesen sein. Neben Freizeitverhalten und den lebensnotwendigen Einkäufen ist der Besuch bei der sich voraussichtlich verschlechternden ländlichen Ärzteversorgung zu gewährleisten.

Unser sich an den Schülerinnen und Schülern orientierende ÖPNV muss konsequent überarbeitet und angepasst werden.

Auch hierfür sind zwingend Gelder zur Verfügung zu stellen.

Ergo: Welche Veränderungen müssen statt finden?

Wie schon vom Kreis- und Städtetag gefordert brauchen wir dringen eine Reform der Kommunalfinanzierung. Wie diese aussieht muss im Bundestag und in den Landtagen beraten und beschlossen werden. Und das kann nicht durch Einsparungen an der falschen Stelle sondern nur durch Requirierung neuer finanzieller Mittel, z. B. der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei Einkommen, geschehen.

Deswegen meine Aufforderung an die Kolleginnen und Kollegen hier im Kreistag: Reden sie mit ihren Land- bzw. Bundestagsabgeordneten darüber und fordern sie eine konsequente Umsetzung. Und hören sie nicht auf die Lobbyisten und Konzern-finanzierten Meinungsmacher sondern auf die Menschen „auf der Straße“.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Sie werden sich bestimmt bei einigen Punkten meiner Rede gefragt haben, was dies mit dem Kreishaushalt zu tun hat. Das von mir angesprochene Thema Asyl zeigt sehr deutlich, das vieles, was außerhalb unseres Kreises passiert, Veränderungen in unserem Kreis bzw. dessen Haushalt bewirkt. Deswegen müssen wir hier als Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger unseren Blick auch auf Dinge „über unseren Tellerrand hinaus“ richten.

Wir können unter anderem Resolutionen verabschieden, die über den Landkreis- und Städtetag zu den übergeordneten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern gelangen und dort zur Veränderungen der Gesetzgebung beitragen.

Demokratie lebt vom mitmachen.

Die von der Verwaltung vorgelegte, geänderte Kreisumlage ist logisch und konsequent. Dieser Vorschlag hat die uneingeschränkte Unterstützung der LINKEn. Der uns vorliegende Vorschlag der FWG einer allgemeinen Erhöhung der Kreisumlage von 0,3% wurde von Herrn Hartmann logisch begründet und findet deswegen meine Zustimmung, da er der weiter reichende ist.

Nun kurz etwas zum Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft:

Der Wirtschaftsplan führt voraussichtlich zu einem positiven finanziellen Ergebnis. Trotzdem ist es meine Überzeugung, dass der Kreis die Abfallwirtschaft komplett in kommunale Hand überführen sollte, um dadurch auf der Kostenseite eine weitere Entlastung zu erreichen. Private Unternehmen wie hier in der Abfallwirtschaft erwarten private Profite. Gewinne, die wir zur Deckung von Defiziten im Kreishaushalt und zur Erleichterung des Lebens der sozial und finanziell Schwachen in unserem Kreis dringender benötigen.

Dem Wirtschaftsplan stimme ich im Namen der LINKEN zu, bitte aber alle Verantwortlichen, also auch uns als Mitglieder des Kreistages, eine komplette Kommunalisierung der Abfallwirtschaft auszuarbeiten.

Herr Landrat Puchtler, Sie bitte ich, mit ihrem Kollegen im Rhein-Hunsrück-Kreis, Herrn Landrat Fleck, Kontakt aufzunehmen. Wie hier wohl die Meisten wissen hat der Rhein-Hunsrück-Kreis die Kommunalisierung schon durch geführt. Vielleicht ist Herr Landrat Fleck ja bereit, hier dem Kreistag das Modell des Rhein-Hunsrück-Kreises vorzustellen.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich danke ihnen für ihr Interesse.

Es wäre schön, wenn einige meiner Gedanken sie zum Nachdenken zum Wohle der Menschen im Kreis anregen.

Ich wünsche Ihnen im Namen aller LINKEN eine besinnliche Weihnachtszeit. Und bitte Sie, dabei auch an ihre Mitmenschen zu denken. Viele haben keine oder nur geringe Chancen ein solch komfortables Weihnachtsfest zu feiern wie wir.

Kreistagsmitglied für **DIE LINKE** im Kreistag Rhein-Lahn

Handwritten signature in blue ink, appearing to read "Ulrich Jentsch".